

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 8.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 58 477. Postfachkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13088.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Platzvorschrift 1.50 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Angebote Sowjetrußlands.

Sowjetrußland und Deutschland.

Berlin, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts veröffentlicht ein interessantes Interview, das einer seiner Mitarbeiter mit dem kürzlich in Berlin eingetroffenen neuen Vertreter der Sowjetregierung, Wiktor Kopp, hatte. Die Verhandlungen über einen Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen, so erklärte Kopp, hätten noch nicht begonnen. Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen, deren Heimkehr aus Rußland nunmehr in die Wege geleitet worden sei, betrage etwa 30 000 Mann. Es handle sich dabei durchweg um deutsche Soldaten aus den von Sowjetrußland neuerdings den gegenrevolutionären Armeen abgewonnenen sibirischen Gebieten. Die russischen Gefangenen, deren Freilassung aus den Gefangenenerlagern von der deutschen Regierung zugesprochen worden sei, erreichten immer noch die ansehnliche Höhe von einer Viertelmillion Mann. Die Heimkehr der Gefangenen könnte sich vorläufig nur auf dem Seewege vollziehen.

Auf weitere Fragen erklärte Kopp, gegenüber dem Wunsche Sowjetrußlands, mit Deutschland in freundschaftliche Beziehungen zu kommen, ist der Gefangenenaustausch von untergeordneter Bedeutung. Rußland wünsche mit Deutschland möglichst schnell zu einem regen wirtschaftlichen Austausch zu kommen, denn das durch die gegenrevolutionäre und fremdländische Blockade wirtschaftlich ungeschwächt Rußland bedarf dringend deutscher Maschinen, deutscher Kohlen, deutscher Medikamente und mehr noch deutscher Facharbeiter, Techniker und Organisten. Als Gegenwert wolle sie für Deutschland hochwertigste Rohstoffe zu bieten haben. Für lange Zeit kommen für Rußland Gegenstände des persönlichen Bedarfs überhaupt nicht in Frage, Transport- und Betriebsmittel sind das einzige, worauf Rußland heute Wert legen darf. Ware gegen Ware wird das Prinzip sein, das sich Rußland auch in bezug auf seinen Verkehr mit Deutschland zu Prinzip machen muß und Deutschland hat keinen Grund, dieses Prinzip zu befechten.

Auf die Erwähnung nach einer Möglichkeit der Auswanderung deutscher werktätiger Massen in russisches Gebiet, gab Kopp seiner Hoffnung Ausdruck, daß die hierfür bereits eingeleiteten Vorbereitungen zur Einreise der von Rußland sehr bald erwarteten geschulten Kräfte nach waldurchdrungenen Plänen getroffen werden seien. „In erster Linie kommen natürlich Facharbeiter in Frage, auf die in Rußland noch Massen ungenutzter Arbeiter warten, während die auf eigenen Boden wirtschaftenden Bauern Zugang nicht allzuerblich begünstigt würden. Freilich gibt es noch weite unerschlossene Länder, vor allem in Sibirien, die deutscher Siedlung vorbestimmt sein können.“

Auf den Einwand, daß die Versuche, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen, doch nicht der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen förderlich sein könnten, erwiderte Kopp zunächst mit dem Hinweis, daß ja auch die deutsche Regierung sich wiederholt bemüht habe, in die russische Entwicklung einzugreifen. Er fuhr dann fort: „Weiß Rußland, wie nötig ihm freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland sind, so wäre es töricht, diese aus agitatorischen Gründen zu verderben. Als Marxisten wissen die Bolschewikisten viel zu gut, daß sich eine soziale Umwälzung nicht „von oben“ läßt, führt sie der Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung nicht selbst herbei. Rußland will vorerst an Rußland denken und ohne den Glauben an die Bolschewikisten aufzugeben, wissen die geistigen Führer des russischen Volkes doch viel zu gut, daß sie den Lebensinteressen des russischen Volkes verpflichtet sind und die erheblichen weniger Rhetorik als praktische Realpolitik.“

Aber auch Deutschland, sagte Kopp zum Schluß, hat kein Interesse an der Räterepublik, deren Bestand, selbst begründet in den russischen Arbeitern und Bauern, endgültig gesichert ist. Es kann keine andere Regierung geben, die natürlicherweise Deutschland so freundschaftlich gestimmt ist, wie die heutige Regierung Rußlands. Ganz abgesehen vom Interesse des deutschen Sozialismus, das beim Wiedererkennen einer aggressiv-imperialistischen Macht im Osten völlig allein in der Welt stehen würde. Das russische Volk ist das einzige, das heute Deutschland nicht mit dem Willen und der Macht zur Ausbeutung und Unterdrückung gegenübersteht, wie auch das deutsche Volk dasjenige ist, das am ehesten dazu geeignet scheint, zum eigenen Vorteil ein großes, freies und friedliches Rußland der Arbeit aufzubauen zu helfen.

Vansbury über Sowjetrußland.

Der Chefredakteur des Daily Herald, des sozialdemokratischen Tagesblatts Englands, Genosse Vansbury, hat sich nach Rußland begeben und ist in Moskau eingetroffen, von wo aus er seinem Blatte eine drastische Meldung geschickt hat, die verschiedene falschen Darstellungen, die in letzter Zeit in bürgerlichen Blättern über die Arbeitsbeschaffung der Sowjetregierung zu lesen war, den Garaus macht. Auf diese wichtigen Klärungen eines glaubwürdigen Fragen werden wir noch eingehender zurückkommen. Für heute sei das drastische Telegramm rezipiert, das Vansbury nach einer Mitteilung an den Herald an den englischen Premierminister Lloyd George gerichtet hat. Er bezeichnet darin die kürzliche Rede des Premier über Rußland im Unterhause als den „Artemis seines Lebens“ wegen seiner Beurteilung der Führer der Sowjets. Diese Männer, erklärt Vansbury, nachdem er in nahe Berührung mit ihnen gekommen und ihr Werk geprüft hat, sind be-

deutend, klaren Kopfes, ehrenwert und menschlich. Das Telegramm lautet dann fort:

„Ich bitte Sie, hierher zu kommen und mit Lenin zu konferieren. Ich bin gewiß, die Augen würden Ihnen geöffnet werden, sobald sie die Grenze überschreiten. Es ist keine Gefahr vom Frieden zu befürchten, aber große Gefahr für England und Europa, wenn die gegenwärtigen Zustände fortdauern.“

Das Telegramm schließt mit der dringenden Aufforderung an den Premier, ohne Zögern Frieden zu machen.

Die Ordnungsbefehle in Ungarn.

Berlin, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber Wien wird gemeldet: Der Chefredakteur des Budapesters sozialistischen Organs, Genosse Somogyi, ist augenscheinlich von Weisgardisten eximiorbet worden. Er hatte am Montag in Begleitung eines jungen Dichters die Redaktion verlassen. Beide wurden dann nicht mehr gesehen. Jetzt sind ihre Leichen aus der Donau gezogen worden. Sie hatten mehrere Wunden, die Tiefe waren zusammengebunden und die Hosen taschen mit Steinen beschwert. Somogyi war nie an der Rätebittankur beteiligt, sondern Rechtssozialist.

Eine eigene Nachricht aus Wien gibt noch nähere Angaben über die Schuldigen an der Untat. Sie lautet:

„Wien, 20. Febr. Offiziere der Honvarmee haben den Chefredakteur des sozialdemokratischen Parteiblattes in Budapest Bela Somogyi ermordet und in die Donau geworfen. Die Leiche wurde gefunden. Für den Mord ist Armeekommandant Gortih verantwortlich, der den Befehl erlassen hat. Unter der Arbeiterhast herrscht große Erregung. Man fordert die Auflösung der Offiziersterrortruppen.“

Hinausschiebung der Abrüstung.

Hollis Bureau berichtet: Der Präsident des Obersten Rates Lloyd George hat dem deutschen Geschäftsträger in London Chamber nachfolgende Note übersandt: Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnisgabe an die deutsche Regierung mitzutellen, daß seitens des Präsidenten der Kontrollkommission in Berlin die Aufmerksamkeit des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die schwierige Lage gelenkt wurde, in die die deutsche Regierung gesetzt wird, wenn die alliierten Mächte auf der strikten Durchführung des Artikels 100 des Versailles Vertrags bestehen, nach welchem die gesamte Effektstärke der Truppen in den deutschen Bundesstaaten bis spätestens 31. März 1920 die Zahl von 100 000 Mann, Offiziere und Depoteinrichtungen eingerechnet, nicht überschreiten darf. Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailles Vertrag an einem viel früheren Datum ratifiziert werden würde, hat sich der Oberste Rat dahin entschieden, so gestalten, daß die deutschen Streitkräfte bis 10. April 1920, d. h. drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrags, in Gemäßheit des Artikels 103 auf 200 000 Mann und bis zum 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann zurückgebracht werden. Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, diese Entscheidung der deutschen Regierung zu übermitteln.

Die Bitten der deutschen Regierung sind also von der Entente erhöht worden. Es ist der Regierung gelungen, durch die Vorgänge in den letzten Wochen zu „beweisen“, daß eine Truppe von 100 000 Mann nicht ausreicht, die Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten und der Regierung über die „schwierige Lage“ hinwegzuhelfen. Es hat sich so gezeigt, daß man ohne Ausnahmezustand, Pressenverbote und starke Aufgebote von Postregarden der Umstürzler in Deutschland nicht Herr werden kann. Alle Reaktionen in Deutschland werden sich freuen, daß bei den Ententemächten ein so feines Verständnis für die Nöte der deutschen Regierung vorhanden ist.

Ist Marloh reaktiviert?

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht folgende Meldung:

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, wurde Oberleutnant Marloh für die gerichtliche Untersuchung der Reichswehrbrigade 8 überwiesen. Die Brigade übertrug ihn dem Reichswehregiment 6 an. Diese Zuteilung dauert noch an. Ob Oberleutnant Marloh regelmäßig Dienst tut, konnte noch nicht ermittelt werden; es erscheint jedoch wahrscheinlich, daß er beim Regiment beschäftigt wird.

Uns würde es wirklich nicht wundern, wenn Herr Marloh wieder in das Offizierskorps der Reichswehr aufgenommen worden wäre und weiter Gelegenheit bekäme, auf seine Weise das Vaterland zu retten. Vielleicht teilt der Reichswehrminister der Öffentlichkeit mit, ob die Meldung des Berliner Blattes zutrifft.

Die Reichseinkommensteuer.

Der Ausschuh der Nationalversammlung zur Beratung der Reichseinkommensteuer hat vor einigen Tagen die erste Lesung des Entwurfs beendet; der Text ist dabei unverändert geblieben. Es ist deshalb notwendig, das Werk der Regierung und des Ausschusses genauer zu betrachten.

Neben dem Preis der steuerlichen Ungerechtigkeit, dem Umsatzsteuergesetz, durch das jede Ware mit einer ihren Preis erhöhenden Abgabe für das Reich belastet worden ist, ist das Reichseinkommensteuergesetz unter allen Steuergesetzen, über die die Nationalversammlung zu entscheiden hat, das wichtigste Steuergesetz für die Massen. Es will die Einkünfte aus der Verwertung der Arbeitskraft reiflos zur Steuerleistung heranziehen.

An sich erblicken auch wir in einer solchen Reichseinkommensteuer, die Ertrag für die bunte Vielfaltigkeit der bisherigen einzelschaftlichen Einkommensteuergesetze ist, die durch die trassen Ungleichheiten der kommunalen Zuschläge verschärft wurde, einen grundsätzlichen Fortschritt. Denn da innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Ausgaben für die Gemeinschaft (Reich, Staat, Provinz, Gemeinde) von den drei Klassen getragen werden, aus denen die kapitalistische Gesellschaft besteht — den Lohnarbeitern, den Kapitalisten und den Grundbesitzern —, so ist ihre gleichmäßige Heranziehung ohne Rücksicht auf Wohnort, bei ausreichender Berücksichtigung ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit durchaus berechtigt.

Aber der Anforderung, daß diese Steuer vor allem nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers bemessen sein muß, entspricht der Entwurf über die Reichseinkommensteuer nicht. Die Reichseinkommensteuer ist nur eine der vielen neuen Steuern, durch die die Klasse der Lohnarbeiter zur Steuerleistung für die Gemeinschaft herangezogen wird. Die Lohnarbeiter müssen nämlich auch einen erheblichen Teil der übrigen Steuern aufbringen. Eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit würde aber nur dann eintreten, wenn Vermögen, Erbschaften und Einkommen unmittelbar (direkt) durch Besitzsteuern erfaßt werden und dies die einzige Steuerart sein würde. Von diesem Grundsatz weicht aber die Steuergesetzgebung der jetzigen Regierung nach vielen Richtungen ab. Genau wie früher wird der Bedarf des Reiches nicht nur durch Besitzsteuern, sondern zu einem sehr erheblichen Teil auch durch Verbrauchs- und Verzehrssteuern aufgebracht, so daß eine Belastung der minderbemittelten Bevölkerung außer durch die Reichseinkommensteuer auch durch eine ganze Reihe von andern Steuerarten vorgenommen wird.

Der Entwurf des Reichseinkommensteuergesetzes berücksichtigt auch in keiner Weise, daß Einkommen, das aus Vermögen herührt und nicht aus der Arbeitsleistung, höher besteuert werden muß als Einkommen aus Arbeitslohn. Er kennt weder diese Unterscheidung noch die nach der Herkunft der Einkommen aus Grundbesitz oder Gewerbebetrieb. In dem gleichzeitig vorgelegten Entwurf der Kapitalertragssteuer vermögen wir keinen Ersatz für diesen Mangel zu erblicken. Denn er sieht nur die äußerst unzulängliche gleichmäßige Belastung der Erträge aus Kapitalvermögen von 10 Prozent vor, während die steuerliche Gerechtigkeit eine Staffelung des Steuerfußes bedingt.

Die Begründung der Denkschrift zur Reichseinkommensteuer enthält den durchaus richtigen Satz: „So weit ein Einkommen nur die dringendsten Ausgaben für Lebensbedürfnisse befriedigen kann, darf es zur Steuer überhaupt nicht herangezogen werden.“ Dieser Grundsatz ist sehr schön, würde er doch in der Praxis bedeuten, daß mindestens ein Betrag von 5000 Mk. steuerfrei sein würde. Der Gesetzentwurf verfährt aber nicht nach diesem schönen Grundsatz. Denn er beabsichtigt, selbst ein Einkommen von 1000 Mk. zur Steuerleistung heranzuziehen. Der Betrag von 1000 Mk. gilt zwar nur für ledige Personen, aber auch ein Lediger vermag mit 1000 Mk. nicht einmal die Hälfte der dringendsten Ausgaben für seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Ebenso unzulänglich ist die Absicht, kinderlose Familien von 1500 Mk. an zu besteuern und für jedes Kind nur einen Betrag von 300 Mk. steuerfrei zu lassen. Diese Bestimmungen des Entwurfs nehmen in keiner Weise Rücksicht auf die von Tag zu Tag steigenden Kosten der Lebenshaltung, die nach der einwandfreien Statistik des Berliner Professors Silbergleit allein für einen erwachsenen Menschen über 2800 Mk. betragen und für eine vierköpfige Familie mit 8000 Mk. jährlich eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt sind. Die Erhebung der Steuer aber bei einer vierköpfigen Familie bereits bei 2100 Mark ist nach jeder Richtung hin unsozial, denn sie würde

Koch nicht einmal den viersten Teil des unumgänglich nötigen Lebensbedarfs von der Steuerleistung freilassen. Die Folge würde also eine Beförderung der Verelendung der Massen sein, die bereits jetzt unter dem Steigen aller Preise unerträglich leidet.

Ebenso unannehmbar sind die Bestimmungen des Gesetzentwurfs, die die Erhebung der Einkommensteuer beim Unternehmer vorziehen. Der Unternehmer soll künftig bei der Lohnzahlung 10 Prozent des baren Arbeitslohns zu Lasten des Arbeiters einbehalten und mit diesem Betrag Steuermarken in eine Steuerkarte einkleben und entwerfen. Dieses Einziehungsverfahren soll eine Vorbeugungsmaßnahme gegen die Steuerhinterziehungen sein. Es ist kennzeichnend für den Geist, der der jetzigen Steuer-gesetzgebung innewohnt, daß sie das berichtigte Verfahren der preussischen Einkommensteuergesetzgebung alten Stils durch den § 23 noch verschärft. Dieser Paragraph sah auch nur Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Steuerhinterziehung der Lohnempfänger vor, und ging an der gewaltigen und offenkundigen Steuerhinterziehung der besitzenden Kreise der Bevölkerung mit Milde vorüber. Während durch diese Bestimmung alle Festbesoldeten gegenüber den nicht in jenem Lohn befindlichen Personen außerordentlich benachteiligt werden, sieht man auch jetzt noch rat- und hilflos den Einkommen der Geschäftsleute, vor allem der Landeute, gegenüber wie bisher. Der Landwirt, der die Naturalien, die er verbraucht, zwar angeben und auf das Einkommen verrechnen soll, der aber niemals genau Buch darüber führen wird, während der Städter jeden Bissen kaufen und bezahlen muß, der Landwirt, dessen Erträge von Schätzungskommissionen geschätzt werden, die sehr wenig zuverlässig sind, hat tausend Möglichkeiten, sich der vollen Wucht der Steuer zu entziehen, während der Arbeiter, der Beamte und Angestellte in der schärfsten Weise durch diese Steuermarken gefaßt werden. Natürlich würden die Arbeiter in dem Augenblick, wo die Unternehmer ihnen diesen Betrag von ihrem Lohn abziehen, erklären, daß sie mit dem ihnen verbleibenden Rest nicht arbeiten könnten. Eine Welle von neuen Lohnbewegungen und eine Erschütterung des Wirtschaftslebens müßte es folgen. Aber nicht überall und in allen Fällen würde es gelingen, diesen Kampf erfolgreich durchzuführen. Es bliebe die Tatsache, daß ihre paar Pfennige Einkommen restlos zur Steuerleistung an den Staat herangezogen würden, während die Besitzenden die Möglichkeit haben, Steuerhinterziehungen in erheblichem Umfang zu begehen.

Ebenso unzulänglich sind die Bestimmungen über die Abzüge, die vom Gesamtbetrag des Einkommens gemacht werden können. Während dem Gemeinwerbenden gestattet ist, seine Geschäftskosten in weitestem Umfang in Abzug zu bringen, und er nicht selten sogar das Automobil, das in der Hauptsache dem privaten Luxus dient, sowie sonstige gesellschaftlichen Aufwendungen in Abzug bringt, soll auch jetzt der festbesoldete Angestellte und Arbeiter Kosten, die zur Erzielung seines Einkommens nötig sind, nicht in Abzug bringen dürfen. Weder die Kosten, die ihm aus der Beförderung zur Arbeitsstelle, aus der Beschaffung der jetzt unerlässlich gewordenen Arbeitskleidung, aus der Beschaffung des Handwerkszeugs entstehen, darf er abziehen, noch die Beiträge, die er an seine Berufsorganisation leistet, und die doch auch zu den Werbungskosten gehören, mindestens ebenso wie die Beiträge, die der Unternehmer an seine Vereinigung bezahlt, und die er in allen Fällen als Geschäftskosten verbucht.

Der Steuertarif ist gegenüber den früheren Landes-einkommensteuergesetzen erheblich erhöht worden. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß die Reichs-einkommensteuer an die Stelle der Landes- und Gemeindegemeinde-einkommensteuer tritt, und daß nach dem Entwurf Zuschläge von den Gemeinden nicht erhoben werden sollen. In welcher Weise diese letztere Bestimmung auf die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden einwirkt, soll gelegentlich besprochen werden. Der Steuertarif sieht vor, daß von dem über 1000 Mark betragenden Teil des steuerbaren Einkommens 10 v. H. als Steuerbetrag erhoben werden sollen, bei über 2000 Mk. 11 v. H., und so steigend bis 60 v. H. bei über 500 000 Mk. steuerbaren Einkommens. Ist die Staffelung an sich gegenüber den jetzigen Bestimmungen ein Fortschritt, so bleibt sie doch weit unter dem Maße zurück, das eine steuerliche Gerechtigkeit gebieten würde. Denn in dem Augenblick, in dem dem größten Teil des Proletariats das Nötigste fehlt, um überhaupt vor dem Verhungern geschützt zu sein, soll ihm von diesem unentbehrlichen Minimum noch etwas genommen werden, während die Besitzenden noch die Mittel zu der üppigsten Lebenshaltung haben.

Eine sehr große Härte gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung, in der besonders gegenwärtig häufig Mann und Frau erwerbstätig sein müssen, da ohne ihre gemeinsame Erwerbsarbeit die Familie verhungern müßte, ist die Tatsache, daß für die Besteuerung ihr Einkommen zusammengelegt wird und sie dadurch wesentlich mehr Steuern bezahlen müssen als bei einer getrennten Veranlagung. Dasselbe ist geplant bezüglich der zu einer Hausanfang zählenden minderjährigen Kinder und der volljährigen Kinder, „solange sie nicht durch Arbeit in einem dem Hausanfangsvorstande fremden Betriebe Erwerb haben“. Diese Bestimmung ist eine Verschleierung gegenüber dem geltenden preussischen Einkommensteuergesetz, die eine Prämie für die Kinderlosigkeit darstellt, ebenso wie die Zusammenlegung der Einkommen der Ehegatten eine steuerliche Bestrafung der Eheschließung ist.

Die Wirkung dieser Gesetzesvorschrift mag durch nachstehendes Beispiel veranschaulicht werden. Ein von seiner Hände Arbeit lebendes Ehepaar hat mit Mühe und Sorge und unter mancherlei Entbehrungen für Eltern und Kinder drei Kinder großgezogen. Die Kinder stehen nunmehr in einem Alter 17-20 Jahren. Jedes Kind hat ein Durchschnittseinkommen von etwa 3000 Mk., während der Vater 6000 Mk. verdient. Die Kinder sollen nun den Eltern den schweren Kampf ums Dasein erleichtern, aber das Gegenteil tritt ein. Für 6000 Mk. Einkommen hätte der Vater nach dem neuen Steuertarif eine Einkommensteuer von jährlich 600 Mk. und jedes Kind für 3000 Mk. eine solche von 210 Mark zu zahlen. Auf Eltern und Kinder entfällt also für das Jahr eine Steuer von zusammen 1210 Mk. Nach der alten angeführten Gesetzesvorschrift aber muß der Vater das Einkommen seiner minderjährigen Kinder mitversteuern. Seine Einkommensteuer wird von 6000 Mk. und 3 x 3000 Mark, zusammen also von 15 000 Mk. berechnet. Da nun auf diesen Einkommensbetrag eine Steuer von 2310 Mk. entfällt, so muß der Vater alljährlich eine Strafe von 1100 Mk. dafür zahlen, daß er drei Kinder zu arbeitsfähigen Menschen erzogen hat, und daß er ferner in unverantwortlicher Weise seine Kinder in seinen Haushalt aufnimmt und sie nicht auf die Straße setzt oder fremden Menschen überläßt.

Diese Strafe haben aber, worauf noch besonders hingewiesen wird, nur Eltern zu zahlen. Bilden beispielsweise drei andre Personen, von denen jede ein Einkommen von 5000 Mk. hat, zusammen einen Haushalt, so findet der erwähnte Paragraph keine Anwendung.

So droht der Arbeiterschaft also auch aus diesem Gesetz eine neue Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Denn obwohl sie eine direkte Steuer ist, so ist ihre Wirkung doch die einer indirekten Steuer, da sie wegen der Besteuerung auch der niedrigsten Einkommen den wirtschaftlich Schwachen unverhältnismäßig mehr belasten als den wirtschaftlich Starke.

Loohnerhöhungen für die Reichswehr.

In der Presse wird ein Entwurf über die Befolgung der Reichswehr veröffentlicht, der demnach der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. In dem Entwurf sind folgende Sätze vorgegeben:

	Neue Besoldung	alte
Kammern	7800-11700	2180
Unteroffiziere	8250-12800	2500
Feldwebel	8700-13050	3450
Oberfeldwebel, Unterärzte	9100-13950	—
Leutnants bis zum vierten Dienstjahre	11700-18800	10400
Leutnants mit mehr als vier Dienstjahren	12000-18150	11200
Oberleutnants, Assistenzärzte, Oberärzte, Veterinäre, Oberveterinäre	13500-19000	—
Hauptleute, Kapitänleutnants, Stabsärzte, Stabsveterinäre bis zum vierten Dienstjahre	14250-20550	13000
Dieselben mit mehr als vier Dienstjahren	15000-21750	14500
Major, Korvettenkapitane, Oberstabsärzte, Oberstabsveterinäre bis zum vierten Dienstjahre	18000-25500	16000
Dieselben mit mehr als vier Dienstjahren	18750-27000	—
Oberleutnants, Freigantkapitane, Generaloberärzte, Generaloberveterinäre	20280-29350	17000
Obersten, Kapitäne z. S., Generalärzte, Generalveterinäre	25500-34500	17800

Einzelgehälter.
Generalmajor, Kommandant, Generalstabsarzt, Generalstabsveterinäre 45000 19500
Generalleutnants, Vizeadmirale, Generaloberstabsärzte 52300 26400
Generale, Admirale, Chef der Seeres-leitung, Chef der Admiralität 60000 44200
Zu diesen Bezügen kommen beim Vorhandensein von Kindern noch die Kinderzulagen hinzu. Die Offiziere bekommen außer den Bezügen noch eine steuerfreie Befehlsdienstschädigung und freie ärztliche Behandlung.

Was würde die Regierung wohl sagen, wenn irgend eine Arbeiter-Versicherung eine ähnliche Erhöhung ihrer Löhne fordern wollte?

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Die gestrige Meldung, daß sich der Oberreichsanwalt Weigert nach Berlin begeben habe, um mit dem Reichsjustizminister Schiffer das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher vorzubereiten, wird heute durch nähere Angaben über diese Vorbereitungen ergänzt. In allgemeinen sollen auf die Strafverfahren die Bestimmungen der deutschen Strafprozessordnung Anwendung finden. Mit Rücksicht auf die von der Entente geforderten besonderen Rechtsgarantien als auch auf das Interesse der Beschuldigten sollen einzelne Abänderungen getroffen werden. Die einschneidendste würde offenbar die sein, daß die Einstellung des Verfahrens nicht durch die Staatsanwaltschaft, sondern nur durch das Gericht erfolgen soll. Offiziell wird als Grund angegeben, wegen der Unbestimmtheit vieler Beschuldigten, die sich aus den Auslieferungslisten ergeben, würde zweifellos bereits die Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren vielfach das Verfahren einstellen müssen, weil eine strafbare Handlung nicht genügend erwiesen sei. Das könnte zu Einsprüchen der Entente führen und außerdem hätten die Beschuldigten ein berechtigtes Interesse daran, ihre Unschuld in einem ordentlichen Gerichtsverfahren festgestellt zu sehen. Gesetze, so insbesondere die Amnestieordnung, und gerichtliche Entscheidungen, die dem Verfahren im Wege stehen, müssen durch Sondergesetze beseitigt werden.

Die Beweiserhebung ist natürlich erschwert durch den Umstand, daß die ausländischen Zeugen nicht zum Erscheinen vor dem Reichsgericht gezwungen werden können, während die eigentlichen Auslagen, die sie bisher bei richterlichen Vernehmungen in ihrem Heimatlande gemacht haben, natürlich in der Hauptverhandlung nicht als Beweismaterial verwertet werden dürfen. Die Zeugen müßten also entweder auf diplomatischem Wege geladen werden oder durch Richter im Auslande vernommen werden, wobei dem Angeklagten die Möglichkeit gegeben werden muß, selber oder durch einen Vertreter der Vernehmung beizuwohnen.

Auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember über die Verfolgung der Kriegsverbrechen und -vergehen sind beim Reichsgericht jetzt ungefähr zehn Verfahren eingeleitet.

Die Deutschnationalen sehen die Hehe zum Richterstreik, über den wir gestern berichtet haben, mit verdoppelter Kraft fort. Die Deutsche Zeitung schrieb am Donnerstagmorgen:

Wir lesen in den deutschen Feuilletons, wir lesen es ab, deutsche Feuilletons vor Gericht zu ziehen, auch wenn die Entente auf der Klausel über die Kontrolle nicht bestehen würde. Wir verweigern aber ebenso die Bestrafung von Verbrechern, soweit dieselbe nur auf Druck der Entente stattfinden soll, sofern nicht die Entente sich selbst bereit erklärt, dem deutschen Volk dieselben Rechte gegen die feindlichen Kriegsverbrecher zuzugestehen!

Und eine Versammlung der „deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft“ der deutschnationalen Volkspartei in Charlottenburg, die am Donnerstag den 30. Geburtstag des großen Kurfürsten feierte, wobei der Janusshauer „eine zündende Rede“ hielt, nahm eine Entschliebung an, worin sie von der Regierung fordert,

daß unsere sogenannten „großen Kriegsverbrecher“ in Wahrheit unsere besten deutschen Männer und Führer, nur dann einem Verfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig unterworfen werden dürfen, wenn sich die Ententeregierungen zu demselben Vorgehen gegenüber denjenigen verpflichten, deren Namen auf unserer Gegenliste zu überreichen sind.

Gegenüber diesem nationalitären Wahnsinn muß mit aller Energie betont werden, daß das deutsche Volk nicht bloß durch den Friedensvertrag verpflichtet, sondern auch vor seiner eigenen Ehre gebunden ist, die Kriegsverbrechen zu sühnen.

Eine Meldung aus Mannheim besagt:

Trotzdem die französische Regierung in der Auslieferungssache sich damit einverstanden erklärt hat, die Württemberg der sogenannten Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig vorzunehmen zu lassen, wurde am 17. Februar der Ingenieur der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, J. Schöpp, wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Genarmen verhaftet. Er wird jedenfalls ebenso wie der Schuhmann Burger aus Dagersheim, der am 11. Februar aus demselben Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert werden. Damit ist jeder frühere Ansehens der deutschen Armee im besetzten Gebiet trotz des eingetretenen Friedenszustandes dauernd in Gefahr, wegen sogenannter Kriegsverbrechen vor ein französisches Gericht gestellt zu werden.

Die Regierung muß darauf dringen, daß diese Maßnahme rückgängig gemacht und der Beschuldigte vor das Gericht seines Landes gestellt wird.

Die agrarische Parade.

Mit Befriedigung stellt die agrarisch gesinnte Presse den guten Verlauf der Landwirtschaftswoche fest, und sie kann das, denn agrarisch ist Trumpf. Nicht mit der Regierung wird über die Besteuerung der Lebensmittel und über den neuen Wirtschaftskampfbund verhandelt, sondern mit Vertretern der Städte. Wie stolz sich das Agrarierium heute fühlt, das zeigen die selbstbewußten Reden und die Kampfanzeige an die Regierung. Wie sehr sich die Agrarier als Herren der Lage betrachten, zeigt ihr Vorgehen gegen die Landarbeiter, denen sie zu Tausenden kündigten und die sie auch aus den Wohnungen geworfen haben, um da gutbewaffnete Volkstruppen einzunquartieren. Die Herren reden eben nicht nur, sie handeln auch. So sind sie dabei, den gesamten Grundbesitz organisatorisch zusammenzufassen, man will „ein starkes Landvolk mit einer starken Spitze schaffen“. Der unvermeidliche Jamshauer aber hat das Ziel so gestellt: das Kaiserium muß wieder auferstehen, denn ohne das Kaiserium gibt es für uns keine Ehre, keine Kraft und keine Zukunft.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Koeslke, hat in seiner Begrüßungsansprache gleich den Ton angeschlagen, der auf der ganzen Tagung zu herrschen sollte. Nach der Deutschen Tageszeitung hat Dr. Koeslke den losbaren Satz geprägt: „Wir haben es glücklich zu einem Staate gebracht, in dem niemand die Verantwortung für das Regieren trägt.“ Natürlich fehlt in der Rede Koeslkes auch das Märchen nicht, „daß Siegfrieds sonniger Siegessturm hinterließ zur Strecke gebracht wurde.“ „Ueber ein Jahr sind wir deutsche Republik. Wo bleibt die verheißene Besserung aller Verhältnisse?“ Dies fragt der Vertreter seiner Klasse, die durch die Lebensmittelpolitik die Stabilität in die schwerste Gefahr bringt. Von der jetzigen Regierung sagt er, sie sei die rückwärtslose Klassenregierung. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands wird grau in grau gemalt. Dann geht über den Finanzminister Erzberger her. Daß es den Agrariern vor dem Steuerhaken graut, war überflüssig zu bemerken; denn die Vergangenheit zeigt, was sie in puncto der Steuerabstinenz geleistet haben. Gegen die Zwangsversteigerung wurden besonders scharfe Töne angeschlagen, sie soll so schnell als möglich verschwinden.

Im Ausnahmefall wird gefordert, daß es mit dem Anbau der Lebensmittel im laufenden Jahre schlechter wird; als im verfloßenen. Besser kann es nur wieder werden, wenn den Agrariern die Landwirtschaft zur „Frankenlöcher“ Ausbeutung überlassen wird, wenn ihr billige Düngemittel und Maschinen geliefert werden und wenn die Zwangsversteigerung beseitigt wird.

Der Bund der Landwirte ist nicht nur eine Organisation mit wirtschaftlichen Zwecken, sondern er vertritt auch mit Nachdruck eine politische Richtung, und wie es in der einen Entschliebung heißt, er will sich sein Recht erzwingen. Es sind eben entschlossene Kämpfer, die Herren Agrarier, sie gehen aus ganzem, und wenn es nicht im Guten geht, dann mit Gewalt. Sowohl der Aufbruch, den der Bund erläßt, wie die Entschliebung, die die Generalversammlung beschloß, beschäftigen sich zum großen Teile mit politischen Verhältnissen und Forderungen. „Deutschland ist in höchster Gefahr; denn sein wirtschaftlicher Zusammenbruch steht bevor. Hungersnot bedroht seine Bevölkerung, die Landwirtschaft, die die Ernährung geben soll, liegt schwer darnieder!“ Deutschland kann nur gerettet werden, wenn sich die gesamte Landwirtschaft unter das Kommando des Bundes der Landwirte stellt. Der Aufbruch stellt mit den völlig unmißverständlichen Sätzen: „Wachet auf, ihr deutschen Brüder, und ergreift den Augenblick! Jetzt gilt die Tat!“

Aus der Entschliebung sind noch die Forderungen festzuhalten, die sich gegen die Arbeiterschaft richten; da heißt es u. a.: „Kündigung der vorläufigen Landarbeitervereinbarung, Sicherung der nach den Verhältnissen der einzelnen Landbesitzer notwendigen Arbeitszeit. Schutz gegen Vertragsbruch.“ Daß die Herren auch stark gegen das Vertriebsstrategen western, versteht sich. Den Absatz der Entschliebung muß man im Wortlaut angeben:

„Wir stehen vor unerträglichen Zuständen. Recht und Sicherheit der Person und des Eigentums schwinden immer mehr im Lande. Durch Zwang und Gewalttätigkeiten suchen robbal sozialistische und kommunistische Minderheiten immer von neuem den Umsturz zu vollenden. Von außen drohen uns neue Bedrückung, Hoch und Erniedrigungswille. Die Regierung ist ohnmächtig und nicht fähig, die Lage im Innern zu meistern, solange sie nach Parteischablone und Parteirücksichten regiert. Nach außen erwirbt sie sich nur Mißachtung durch den Mangel an Klarheit und Festigkeit in ihrem Auftreten. Die heutige Zusammenfassung der Nationalversammlung entspricht nicht mehr dem Willen der Mehrheit der Wähler. Die heutige Regierung kann sich daher nicht mehr auf den Willen der Mehrheit des Volkes stützen. Wir fordern Neuwahlen.“

In der Forderung von Neuwahlen kann man den Herren Landbesitzern zustimmen. Ob sie aber daran denken, sich der Entschliebung des Stimmzettels zu unterwerfen? Vieles, so vor allem die heimliche Einquartierung von Volkstruppen auf pommerschen Gütern, spricht dafür, daß die Junker das „Auf zur Tat!“ bei jeder Gelegenheit als Anwendung der Gewalt auslegen wollen. Die deutsche Arbeiterklasse muß mit dem Verzicht reaktionärer Putschversuche rechnen.

Landwirtschaftsminister Braun und die Lage der Landwirtschaft.

Ueber die Landwirtschaftsminister Braun und die Lage der Landwirtschaft hat sich der preussische Landwirtschaftsminister gegenüber einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes in folgender Weise geäußert: In Pommern beurteilt ich die Lage sehr ernst, infolge der zahlreichen Kündigungen, der Ernteterung in der Landwirtschaft, des Scheiterns der Tarifverhandlungen und der Besetzung

von Oskari mit bewaffneter Volkshuttruppen. Für die kommende Welt- und Völkerverträge ist die Schlimmere Sibirien als im Frieden, wenn nicht eine angemessene tarifvertragliche Vereinbarung zustande kommt. Aus allgemeinen ist zwar dem Landarbeiter durch Nationalität die notwendige Ernährung gesichert. Sein Lohn reicht aber nicht aus. Andererseits muß der Landwirt für alle Wirtschaftskräfte und die wichtigsten Betriebsmittel sprunghaft steigende Preise zahlen, während seine Produkte im Preise gebunden sind. Für die Erhebung der Produktion ist die Bereitstellung aller erforderlichen Betriebsmittel und Materialien die unerlässliche Vorbedingung. Die Kostendeckung der Landwirtschaft und der für sie arbeitenden Industrie wurde in letzter Zeit mit Erfolg gesteigert. Die Arbeiterfrage muß durch kollektive Arbeiterverträge gelöst werden. Freigeordnete Arbeitskräfte sind auf dem Lande anzufinden unter Individualisierung der Arbeitsnachweise. Landlieferungsverbände sind in Preußen in der Bildung begriffen. Die neu geschaffenen Landwirtschaftsverbände sind in reger Tätigkeit. Unser landwirtschaftliches Forschungs- und Unterrichtswesen muß mehr ausgebaut werden.

Herr Braun befürchtet also für die kommende Welt- und Völkerverträge die Schlimmere Sibirien und damit der Nahrungsmittelversorgung. Er gibt auch zu, daß die Löhne der Landarbeiter ungenügend sind. Trotzdem hört man aber nichts davon, daß er wirksame Zwangsmaßnahmen gegen die Grundbesitzer anwenden will, die bekanntlich planmäßig die Ernährung des Volkes sabotieren. Sind die landwirtschaftlichen Unternehmen nicht „Lebenswichtige Betriebe“, die auch gegen die von den Agrariern hervorgerufenen Störungen geschützt werden müssen?

Zur Wahl der Betriebsräte.

Berlin, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung der P. B.) Der Bezirksverband Groß-Berlin der U. S. V., die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin und die U. S. V.-Praktion der Prekärer Gewerkschaftskommission erklären im Auftrage, in dem aufgeföhrt wird, überall in den Betrieben Listen für die Wahl repräsentativer Betriebsräte aufzustellen:

„Das Proletariat darf bei der Wahl der Betriebsräte nur Männer sein, die geeignet und gewillt sind, die Widerstände des Befehls auszunutzen bis zur letzten Grenze. Die Arbeiter und Angestellten müssen Kandidaten aufstellen, die über Bewahrung des Gegenstandes — in Arbeitsgemeinschaften und anderen paritätischen Organisationen zur Verwirklichung der Massen — gegenüber Standhaft sind und den Klassen Willen bewahren, die bereit sind, an der engeren Zusammenhaltung der Arbeiter und Angestellten in Industrieverbänden und an der Erziehung der organisierten Massen zum revolutionären Sozialismus zu arbeiten, die ferner erkannt haben, daß der Arbeiterbewegung die große Aufgabe zufällt, den Kapitalismus zu überwinden und eine planmäßige, geordnete Produktion nach sozialistischen Grundrissen an seine Stelle zu setzen, und die ferner jene geistige Qualität besitzen, die ihre Aufgabe im Betrieb erfordert, die es ihnen erlaubt, sich in den Produktionsprozess einzubringen — nicht um den Produktionsprozess als solchen zu sprengen, sondern um die kapitalistische Wirtschaftsform zu überwinden durch das Streben für den Sozialismus, durch das einbringliche Wort wie durch die überwiegende Tat.“

Der weiße Schrecken in Ungarn.

Die ungarländischen sozialdemokratischen Emigranten in Wien und an das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel einen Brief, der in nachdenklichen, die protokollarisch festgelegt sind, das ganze Elend des ungarischen Proletariats enthält. Wir lassen nachstehend einige Einzelheiten folgen:

In Ungarn wurden bisher über 200.000 Menschen getötet. In Budapest 2100 Genossen, in der Provinz über 15000 Männer und Frauen. Fast sämtliche Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes, der den revolutionären Kampf der ungarischen Arbeiterbewegung fortsetzt, sind oder werden verhaftet. Die Konzentrationslager, in denen die Verhafteten untergebracht sind, sind nicht anders als Seuchenhäuser. Die Internierten sind im wahren Sinne des Wortes zum Tode verurteilt, da Hunger, Kälte und Seuchen täglich Todesopfer fordern.

Die ungläublichen Gräueltaten des weißen Terrors werden an einigen einwandfrei festgelegten oder dokumentarisch bewiesenen Tatsachen angezeigt.

Das Offiziersdetachment Ostend hat in Budapest die Genossen Stephan Szabó und Johann Morocz verhaftet. Beide wurden in eine Kollerkammer im Hotel Palace geschleppt, dort wurden sie mit Eisenhänden gefesselt und tailliert gefoltert. Beide wurden nach drei Tagen ins Spital befördert, wo sie gestorben sind.

Der Hauptmann Freyherr hat in Szabol mit seiner Truppe in einer Nacht 42 Mann getötet. Einige Leichname wurden zerstückelt, gebunden und die Verhafteten wurden mittels Revolverkugeln gezwungen, das Menschenfleisch zu essen. Diese Tatsache wurde protokollarisch durch 18 Zeugen bestätigt. Das Originalprotokoll wurde an die Emigrationsmission weitergeschickt.

In Szeged wurde Genosse Géza Dikl mit seinem Sohn und Schwiegervater durch das Janitschardetachment verhaftet. Die drei Genossen wurden ohne gerichtliches Verfahren gehängt, die Tochter des alten Genossen mußte mit ihren zwei Kindern — eines zwei, das andre vier Jahre alt — der Hinrichtung beistehen.

Siebzehn Fälle sind protokollarisch festgelegt, in welchen Verhaftete gezwungen wurden, ihren Darmkot zu essen.

Josef Dumbil, Eisenarbeiter, Vertrauensmann der Metallarbeiter, wurde verhaftet und nach Szeged inhaftiert, dort im Gefängnis täglich mit Gewehrshots geschlagen. Er wurde von Hauptmann Reich gezwungen, nach jeder Mahlzeit zu tanzen und täglich öfter vor den Offizieren zu onaniieren. Seine Frau fuhr nach Szeged und bei Ankund den Hauptmann Reich, ihren Mann, Vater von drei Kindern, zu entlassen. Der Hauptmann ließ seine Hände und Füße binden und entehrte in eigener Person vor den Augen des Mannes die arme Frau. Dann wurde der Unglückliche entlassen. Dieser Fall wurde dem Obersten Chordon bei der Budapest-Praktion der französischen Mission gemeldet.

Das sind nur einige der schmerzhaftesten Fälle. Ungezählt noch oder ist die Not der Angehörigen der Verfolgten und Verhafteten. Zehntausende Frauen und Kinder hungern und frieren. Tausende von braven Parteigenossen müssen sich in Budapest verbergen, teilweise sind sie auf der Flucht. Ein kleiner Teil hat sich das Leben gerettet und hungernd im Ausland, größtenteils in Wien. Diese letzteren werden von den österreichischen Parteigenossen aus höchstem Solidaritätsbewußtsein unterstützt.

Die ungarische Arbeiterbewegung ist von der Konterrevolution vollständig zugrunde gerichtet: ihre Institutionen sind zerstört. So haben die Banner des weißen Schreckens Mitte November die Drucker der Partei und die Administration des Parteiblattes Rozsnyo überfallen und barbarisch alles zerstört. Der Schaden beträgt bei dem jetzigen Geldwert einige Millionen Kronen. Die Maschinen der Drucker wurden größtenteils unbrauchbar und unreparierbar gemacht. Ferner wurde Druckpapier im Werte von über einer Million Kronen vernichtet. Die Regierung hat überdies die Vernichtung aller erreichbaren sozialistischen Schriften und Bücher angeordnet. Die Parteibuchhandlung wurde schrecklich geplündert. Das Inventar im Werte von zwei Millionen Kronen wurde verbrannt.

Millionen von Kronen wären notwendig zur Unterstützung der Wäztyrer, und Millionen zum Wiederaufbau der proletarischen Organisationen.

Die ungarischen Genossen erwählen darum das Internationale Bureau, durch die Entsendung der Entsendung einer internationalen Kommission anzugehen, die aber nicht bloß aus Offizieren und Diplomaten bestehen solle, sondern auch aus Vertretern der Arbeiterparteien, um die Zustände in Ungarn zu untersuchen.

Sie fordern weiter, besonders die Arbeiter vor Bestrafungen auf Sammlungen zu veranlassen, um der ungeheuren Not unter den Opfern des weißen Schreckens zu helfen.

In dieser Weise wird durch die wieder herrschenden bürokratischen Klassen in Ungarn die Ordnung wiederhergestellt. In beständiger Weise wüsten die Herrschenden ihre Rechte. Dieses Schauspiel kann man immer wieder dort erleben, wo die Konterrevolution zum Siege gelangt. Für die Arbeiter aller Länder bilden die Schreckenstaten der ungarischen Reaktion eine furchtbare Warnung.

Für den Frieden mit Rußland.

Beschlüsse der tschecho-slowakischen Arbeiterchaft. Die Frankfurter Zeitung meldet unterm 16. Februar aus Prag:

Am Sonnabendabend fand in Prag eine große Versammlung der Vertrauensmänner politischer und sachlicher Organisationen statt, in der eine Resolution für den Frieden mit Rußland unter Berücksichtigung des Falls einstimmig angenommen wurde. Es heißt darin u. a., daß die tschechische Arbeiterchaft alles getan habe, die Lage Sowjet-Rußlands nicht durch eine Intervention der tschecho-slowakischen Republik zu erschweren. Es wird in der Resolution weiter gefordert, daß:

1. ohne Rücksicht auf die Wünsche oder die Zustimmung der Entente die tschecho-slowakische Regierung unverweilt Friedensverhandlungen mit Sowjet-Rußland einleite,
2. zu diesen Verhandlungen Vertreter der organisierten tschecho-slowakischen Arbeiterchaft hinzugezogen werden,
3. Sowjet-Rußland alle überzähligen Kräfte der sachlich qualifizierten und sozialistisch bewußten Arbeiterchaft zur Verfügung gestellt erhalte,
4. andere technische Kräfte und Mittel für Sowjet-Rußland bereitgehalten werden, deren Auswahl den Arbeiterorganisationen überlassen werden soll.

Die Arbeiterchaft appelliert an die Parteilokung, sofort Beziehungen zu den russischen Kommunisten und den Vertretern der Dritten Internationale anzuknüpfen und eine aus organisierten Arbeitern und aus Vertretern der Unternehmerschaft zusammengesetzte Kommission nach Sowjet-Rußland zu senden, um eine unmittelbare Orientierung über die Lage in Sowjet-Rußland und die Möglichkeit internationaler Beziehungen der Arbeiterchaft auf der Grundlage der Dritten Internationale zu gewinnen.

Noch zwei andre Resolutionen wurden angenommen. In der einen wünscht die tschecho-slowakische sozialdemokratische Arbeiterchaft die schleunigste Anknüpfung von beiderseitigen Beziehungen zum russischen Proletariat auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit. In der zweiten wird gefordert, daß die tschecho-slowakische Regierung offizielle unmittelbare Beziehungen zu der Regierung Sowjet-Rußlands in handelswirtschaftlichen Fragen anbahne.

Streiks und blutige Zusammenstöße in Italien.

Mailand, 19. Februar. Telegramme des Secolo aus Genoa besagen: Die Bewegung unter den Ligurischen Metallarbeitern hat sich in den letzten Tagen verschärft. Die Unternehmer drohten mit der Schließung der Betriebe; die Arbeiter drangen gemeinsam in die Betriebe ein und bildeten Arbeiterräte, die die abwesenden Direktoren ersetzen sollten. Die Polizei mußte einschreiten und die Räumung der Betriebe anordnen. In den Werkstätten von Ansaldo kam es zu Zwischenfällen. Die Arbeiter wollten die Werkstätten nicht verlassen; worauf die Polizei auf sie schoss. Die Arbeiter entwarfen die Soldaten und es kam zu einem Feuergefecht, bei dem es zehn Verwundete gab. Nach dem Secolo kam es auch in Verceno, wo der Generalkriegsrichter zu einem Zwischenfall zwischen Streikenden und der öffentlichen Gewalt.

Rom, 19. Februar. Auf Zwischenspitze hin, die in den Metallwerken stattfanden, verurteilte die Polizei die Arbeiter zum Verlassen der Betriebe zu veranlassen. Hierbei kam es zu Zusammenstößen. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete.

Deutschland.

Die deutsche Regierung beabsichtigt keine Bankrottserklärung.

Eine Meldung des Wolffschen Bureaus besagt: Aus Holland wird berichtet, daß eine hanger Feltung eine angeblich demnach abzusende deutsche Note veröffentlicht, in der Deutschland mittelst, daß es zur Abwehr bestimmter Forderungen der Entente den Staatsbankrott erklären werde. Ähnlich wird festgestellt, daß keine derartige deutsche Note existiert, noch je beabsichtigt war, und daß es sich lediglich um eine frivole Erfindung handelt.

Der alte Geist im neuen Deutschland.

Der Lehrergesellschaft des bayerischen Landtages lehnte mit 15 gegen 11 Stimmen die Abänderungsvorlage der Regierung ab, wonach den Lehrerinnen auf Grund Artikels 128 Absatz 2 der Reichsverfassung das Recht der Verheiratung zusteht.

Verdoppelung der Eisenbahnlarfe.

Der preussischen Landesversammlung ist ein Entwurf über die Erhebung neuer Zuschläge zu den Tarifen der Staatseisenbahnen vorgelegen. Er bestimmt, daß vom 1. März an zu den Frachttarifen 100 Prozent Zuschlag erhoben werden. Die Erhöhung der Personentarife soll ebenfalls 100 Prozent betragen mit Ausnahme des Nahverkehrs in den Großstädten. Für diesen Verkehr soll ein besonderer Tarif eingeführt werden.

Preußen als schlechtester Getreideablieferer.

Aus Berlin wird berichtet: Zu einem überraschenden Ergebnis haben amtliche Feststellungen darüber geführt, wie die einzelnen Länder ihren Getreideablieferungsverpflichtungen nachkommen. Es hat sich dabei nämlich herausgestellt, daß Preußen an allerletzter Stelle den ihm auferlegten Verpflichtungen nachkommt, während Süddeutschland seine Pflichten erfüllt und Braunschweig sogar darüber hinaus Getreide abliefern.

Damit wird von neuem die bereits mehrfach gemachte Feststellung bestätigt, daß die Bezirke, in denen der Großgrundbesitz dominiert, in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit an nachlässigsten sind.

Anschluß Nordschleswigs an Dänemark.

Bei der Abstimmung in der ersten Zone in Nordschleswig wurden insgesamt 100 383 Stimmen abgegeben. Es stimmten 75 151 Stimmberechtigte für den Anschluß an Dänemark und nur 25 231 für das Verbleiben im Deutschen Reich. Damit ist der nördliche Teil Schleswigs für Deutschland verloren. Es handelt sich um ein Gebiet, das vorwiegend von Dänen bewohnt ist. Der Kreis hatte auch Kreisamtliche Abgeordnete in den Reichstag gewählt. Die Abstimmung in der zweiten Zone soll am 14. März erfolgen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Eine Volkshaft des neuen französischen Präsidenten

In seiner Volkshaft, die in der Kammer und im Senat verlesen wurde, sagte Präsident Deschanel u. a.: In der Vereinigung aller Völker liegt die erste Bedingung für den Frieden und die Grundlage für die Volkshaft der Nationen, der der Vertrag von Versailles die Ausführung gewisser grundlegender Bedingungen anvertraut hat. Frankreich wolle Erfüllung des Versailleser Vertrags durch Deutschland. Auch im Orient müßten französische Interessen, Rechte und hundertjährige Kreditoren sichergestellt werden.

Die Friedensaufgaben seien im Innern nicht weniger schwierig als diejenigen des Krieges. Sie verlangten fortgesetzte Arbeit und vielleicht neue Entschürungen. Jeder müsse nach seinem Können Steuern zahlen. Die wirtschaftlichen Aufgaben (Getreide, Kohlen, Transportmittel, Wechselkurs) erforderten ebenfalls zuerst eine Klarlegung, dann regelmäßiges Verfahren und Zusammenfassen aller Kräfte. Die soziale Verbesserung sei zu vervollkommen, die Familie, die Grundlage der Nation zu verteidigen und die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit zu verhüten, endlich den Arbeitern in Stadt und Land den Weg zu elementarem Recht zu öffnen. Besonders begrüßt der Präsident die Claf-Forderungen und gedachte der Kolonien, der „Adoptivkinder Frankreichs“.

England und die türkische Frage.

Nach einer Londoner Meldung des Petit Parisien scheint England fest wiederum gewisse Vorbehalte hinsichtlich der Aufrichterhaltung der türkischen Herrschaft in Konstantinopel zu machen. Die mehr oder weniger bestätigte Nachricht von der Niedermebelung von 7 000 Armeniern in Cilicien diene als Vorwand, der osmanischen Regierung zu notifizieren, daß solche Ereignisse nicht in Einklang gebracht werden können mit der ferneren Erhaltung der türkischen Regierung in Konstantinopel.

Dänemark und Schweden für den Völkerbund.

Kopenhagen, 20. Februar. (T.L.) In der gestrigen Volksabstimmung wurde der Eintritt Dänemarks in den Völkerbund bejaht. Trotz der von allen Seiten gemachten Bedenken, die Neutralität Dänemarks könnte durch den Völkerbund gefährdet werden, wurde schließlich der Vorschlag der Regierung zum Eintritt in den Völkerbund angenommen.

Stockholm, 20. Februar. (T.L.) Der schwedische Reichstag verhandelte gestern abend über den Vorschlag der Regierung über den Anschluß Schwedens an den Völkerbund. Die Regierungspartei, Liberale und Sozialdemokraten sprachen sich dafür aus, die Konföderation machten Bedenken geltend und nur die Linksozialisten sind entschieden dagegen. Der Anschluß dürfte mit großer Mehrheit beschlossen werden.

Russische Nachrichten.

Mit Erfolg der Volkswahlen im Süden. London, 18. Februar. (Neuter.) Das Kriegsamt teilt mit: Die Volkswahlen haben auf dem Südufer des Manich Fuß gefaßt. Nordwestlich der Uebermannsstraße haben die Don-Koaken der Ketterei Dumentos eine verlustreiche Niederlage zugefaßt und sie über den Don zurückgezogen. Der ganze Winkel zwischen Don und Manich ist jetzt von den roten Truppen gefäubert.

Ein bolschewistischer Ukraine-Staat.

Kopenhagen, 18. Februar. Russische Zeitungen melden, daß in dem von den Bolschewisten besetzten Teil der Ukraine eine neue selbständige bolschewistische Republik errichtet worden sei, die mit Sowjetrußland einen Bundesbund geschlossen habe. Zum Präsidenten der Republik sei Petrowski ernannt worden.

Englisch-russischer Gefangenenaustausch.

Kopenhagen, 18. Februar. Wie Telegramm aus London meldet, unterzeichneten Oraby und Alwinow am 12. Februar in Kopenhagen ein Abkommen über den Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen. Man erwartet, daß die englischen Kriegsgefangenen binnen einem Monat Rußland verlassen haben werden.

Erfolgreiche Mission Kerenstis.

Verlingste Abende voröffentlich Missionen estländischer Zeitungen, wonach Kerenstis bei dem Versuch, mit der Bevölkerung des Kaukasus über eine Unterstützung der demokratischen Parteien Rußlands zu verhandeln, feindlich aufgenommen worden sei.

Don Rah und Fern.

Grippe-Epidemien.

In Berlin haben die Erkrankungen an Grippe seit der vergangenen Woche erheblich zugenommen. Es waren auch viele schwere Fälle, besonders Lungenerkrankungen zu verzeichnen. Die Sterblichkeit ist ähnlich wie im Oktober 1918 bebrochlich anzuwaschen.

Nach einer Meldung aus Dortmund starben dort in der vorigen Woche 115 Personen an Grippe. Täglich kommen 16 bis 18 Todesfälle, meist von Personen zwischen 30 und 40 Jahren vor. Auch bei den Kindern bis zu 10 Jahren ist die Sterblichkeit, begünstigt durch die Unterernährung, groß.

In Dresden wurden, um einer weiteren Verbreitung der Grippe vorzubeugen, sämtliche Schulen bis zum 28. Februar geschlossen.

Aus Amerika wurde Ende Januar berichtet, daß in New York 40000, in Chicago 17000 Personen an Grippe erkrankt seien. In New York seien an einem Tage 150 Kranke gestorben.

Gleichzeitig wurde aus Tokio (Japan) gemeldet, daß die dort wütende Influenza an einem Tage 1700 Todesopfer gefordert habe.

Großfeuer auf einem Flugzeugplatz.

Im Flugzeugstapen des Warnemünder Flugplatzes entstand ein Großfeuer, bei dem über 200 Flugzeuge vernichtet wurden. Der entstandene Schaden beläuft sich auf Millionen.

Todesurteil für einen Eisenbahnattentäter.

Der Urheber des Eisenbahnattentats bei Schneidemühl, Berlesberg, der das Verbrechen gemeinschaftlich mit zwei russischen Arbeitern ausgeführt hatte, ist vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden.

Schreckliches Minenunglück.

Nach einem Londoner Telegramm aus Konstantinopel sind zwei große Dampfer mit einigen tausend Flüchtlingen aus Odessa bei der Einfahrt in den Bosporus auf Minen gestoßen und gesunken. Man glaubt, daß alle Personen umgekommen sind.

Schiffunglücke.

Kopenhagen, 17. Februar. Die 2100 Tonnen große dänische Bark Albert Døen ist bei Svedeborg bei schwerem Sturm gekrandet und gesunken. Von den an Bord befindlichen 17 Personen sind 13 ertrunken.

Nach einer schweizerischen Zeitungsmeldung sind nach Mitteilung aus Washington fünf amerikanische Unterseeboote zwischen den Bermuda-Inseln und der viralischen Küste gesunken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Feilner in Leipzig. Verantwortlich für den Ankeranteil: Friedrich Pilsner, Norddorf-Beipzig. Druck und Verlag: Verlag der Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Soeben erschien die neue Ausgabe: **Mode-Album für Konfirmation** mit einer großen Zahl leicht anfertiger, feidamer Modelle. In allen Buchhändlern, Bogen-Schneidern und Plätmustern sofort erhältlich in den Köhler-Korlett-Geschäften und im Schnittmuster-Verkauf Neumarkt 21. Preis 1 Mk. 50 Pf. in den Buchläden. **Verlag Otto Weher, Leipzig.**

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Februar.

Parteilangelegenheiten.

Funktionäre Selterhausen. Sonntag, abends 7 Uhr, Sitzung im Restaurant Arena.

Kommunale Rückschau.

Im Stadtvorordnetenkollegium sind in den Tagen des Verbots der Leipziger Volkszeitung Beschlüsse gefasst worden, die teilweise so wichtig sind, daß es notwendig ist, nachträglich mit einigen Worten darüber zu berichten. In der Sitzung vom 21. Januar wurde eine Vorlage des Rats behandelt, der die Absicht zugrunde lag, den Einfluß der Stadtvorordneten auf die Stadtverwaltung herabzubringen. Der Rat hat schon lange über die starke Arbeitsbelastung der besoldeten Stadtmitglieder. Besonders belastet ist der Dezerent der städtischen Theater, weil er zur Zeit die Stelle des Intendanten provisorisch mitverwaltet. In diese Richtung knüpfte der Rat mit seinem Vorschlag, einen Teil der Arbeiten des Theaterdezerenten einem juristischen Direktor zu übertragen. Das sah ganz harmlos aus, war aber das Gegenteil. Der Rat hatte die Absicht, nach und nach noch mehr solche Direktoren anzustellen. Hätte das Kollegium dieser Absicht des Rats zugestimmt, dann wäre folgendes eingetreten: Bei der Wahl der besoldeten Stadträte haben die Stadtvorordneten mitzuwirken. Dadurch, daß der Rat keine neuen Stadträte, sondern nur Direktoren anstellen wollte, sollten die Stadtvorordneten um ihren Einfluß gebracht werden, denn bei der Anstellung der Direktoren haben die Stadtvorordneten nichts zu sagen. Die Direktoren sollten auch einen Teil der Arbeit übernehmen, die von den neugewählten unbesoldeten Stadträten zu leisten ist. Der praktische Erfolg der Ratsvorlage wäre gewesen, daß der Einfluß der besoldeten Stadträte auf die Stadtverwaltung gestiegen und der Einfluß der unbesoldeten Stadträte und Stadtvorordneten herabgedrückt worden wäre. Durch das Vorgehen der Unabhängigen sicherten diese Ratspläne. Auch die Rechtssozialisten stimmten mit den Unabhängigen gegen die Ratsvorlage.

Das Verbot der Leipziger Volkszeitung spielte in der Sitzung vom 28. Januar eine Rolle. Die Unabhängigen Sozialdemokratie hatte folgenden Antrag eingebracht:

Das Kollegium wolle beschließen, den Rat darüber im Auftrage zu ersuchen, ob und welche Schritte er zu unternehmen gedenkt, um die der Stadt gehörigen Plakatsäulen der Einwohnerschaft zur Verfügung zu halten.

Durch das Verbot der Leipziger Volkszeitung war ein großer Teil der Leipziger Bevölkerung um ihre Zeitung gebracht; ein großer Teil der Leipziger Bevölkerung um seine Zeitung gebracht; ein großer Teil der Leipziger Bevölkerung um seine Zeitung gebracht. Die Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung hatte den Versuch gemacht, ein Inseratenblatt für ihre Leser herauszugeben, mit dem die Abonnenten der Leipziger Volkszeitung über die Ratsbeschlüsse unterrichtet werden sollten. Der General-Maercker verbot aber auch diese Inseratenabgabe. Ein Malat, das dieses Verbot an den Anschlagplätzen der Stadt bekanntgeben sollte, wurde ebenfalls verboten. Damit hatten die Militärs auch das Verbot über die Anschlagplätzen der Stadt an sich gerissen. Aus diesem Grunde brachte die Fraktion der U. S. P. den Antrag ein, bei der Beratung dieses Antrags kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen unserer Fraktion und den Bürgerlichen und Rechtssozialisten. Die Tatsache, daß die Leipziger Volkszeitung aus politischen Gründen verboten ist, hat der Debatte einen scharfen politischen Einschlag. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der U. S. P. abgelehnt. Der Rechtssozialist Pollender stimmte gegen den Antrag, sein Freund Kressin stimmte mit den Unabhängigen, die Rechtssozialisten Koenig, Paucersfeld, Staudinger und Wylau enthielten sich der Abstimmung.

Die Abwicklung des Arbeiterrats.

In der Sitzung vom 28. Januar wurde der Leipziger Arbeiterrat von den vereinigten bürgerlichen und rechtssozialistischen Stadtvorordneten abgewählt. Die Abrechnung hatten dabei die Rechtssozialisten. Der Arbeiterrat hatte beim Rat der Stadt die Bewilligung von 30000 Mk. zur Fortführung seiner Geschäfte für das erste Halbjahr 1920 beantragt. Der Rat der Stadt wollte nur 8000 Mk. bewilligen, damit der Arbeiterrat im Monat Februar seine Geschäfte zum Abschluß bringen könne. Für die spätere Zeit wollte der Rat der Stadt dem Arbeiterrat keine Mittel mehr gewähren. Den Rechtssozialisten war der Arbeiterrat schon längst ein Dorn im Auge. Sie bemerken daher die Verweigerung, ihre Mitleidschaft zum Ausdruck zu bringen und zu erklären, daß sie dem Arbeiterrat nicht nur die verlangten 30000 Mk., sondern auch die vom Rat zustehenden 8000 Mk. verweigern würden. Die Rechtssozialisten erklärten, der Arbeiterrat ist überflüssig. Es sei schon schon darum unmöglich, noch weitere Mittel für den Arbeiterrat zu bewilligen, weil dessen Verwaltung undemokratisch sei. Die bürgerlichen und die rechtssozialistischen Vertreter würden im Arbeiterrat unterdrückt, indem ihnen keine Vertretung im Hauptauschuss zugestanden werde. Aus diesen Gründen könnten dem Arbeiterrat keine weiteren Mittel bewilligt werden. Demokraten und Deutschnationalen gaben ähnliche Erklärungen ab und so wurden auch die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratie dem Arbeiterrat alle Geldmittel verweigert. Nachfolgend ist die Verweigerung der Mittel ökonomisch unhaltbar, denn noch besteht keine Verordnung über die Arbeiterräte vom Januar 1919. Nach der die Gemeinden verpflichtet sind, den Arbeiterräten die notwendigen Mittel für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen. Diese Verordnung ist bis heute noch nicht aufgehoben, aber das stimmt die Mitleidschaft im Reichsrat Stadtparlament nicht. Der Vorstandschaft des Leipziger Arbeiterrats und auch der Rat der Stadt Leipzig über die Gewährung von Mitteln für den Arbeiterrat die Entscheidung des Reichsrats anzufragen haben, darf man gespannt sein, welche Stellung die Regierung zu der Frage einnehmen wird. Bei der Mitleidschaft der Rechtssozialisten und der Unabhängigen und bei der herrschenden politischen Reaktion dürfte freilich die Entscheidung der Regierung kaum zweifelhaft sein.

Inzwischen hat die Regierung geantwortet. Die Antwort ist aber auch danach. Statt für oder gegen den Rat zu entscheiden, hat die Regierung entschieden, daß sie keine Entscheidung trifft, weil kein Antrag dazu vorliegt, nachdem der Rat und Stadtvorordnete die Gewährung von Mitteln abgelehnt haben. Die Regierung will also das heiße Eisen der Arbeiterräte nicht anfassen.

Was die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen fordern.

Am Sonntag, dem 15. Februar, fanden in Leipzig fünf Vorkommungen der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen statt. Sie waren einberufen vom Einheitsverband der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen Deutschlands, vom Reichsbund der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, vom Internationalen Bund der Kriegsschädigten und Kriegserhinterbliebenen und von der Ortsgruppe Leipzig vom Landesverband der Kriegserhinterbliebenen in Sachsen (E. B.). Die Versammlungen nahmen nachstehende Entschlüsse an:

Unerkörte Not und schreiendes Elend haben Tausende von Kriegsschädigten und Hinterbliebenen aller Verbände in Leipzig zusammengeführt zu flammendem Protest gegen die menschen-

unwürdige Versorgung der Kriegsoffiziere. Erbärmliche Renten zwingen die Kriegsschädigten zur Opferung ihrer letzten Lebenskraft, um nicht mit ihren Familien in dumpfes Elend zu versinken. Erbarmungsloses Verhalten von Volk und Regierung zwingt die Kriegswitwen, mit ihren Waisen drei Wochen im Monat zu hungern; denn die Reichsbefehle ist nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir fordern daher einmütig: Sofortige Erhöhung aller Versorgungsgebühren mindestens um 150 Prozent, eine einmalige Befreiungsbefreiung und sofortige Fertigstellung des neuen Versorgungsgebührengesetzes, das uns Kriegsopfern endlich das langersehnte Recht und Zufriedenheit geben soll. Sollten Regierung und Parlament wider alles Erwarten ihr an Pflichtvergessenheit grenzendes bisheriges Verhalten gegen die Kriegsoffiziere nicht ändern, so würden die Millionen von Kriegsschädigten und Hinterbliebenen trotz des Ausnahmezustandes und der gespannten Bewehrung ihren Weg vor alle Öffentlichkeit zu finden wissen und damit den verantwortlichen Männern der Reichsleitung eine Schmach für alle Zeiten aufhieben. Wir haben in Feuer und Tod unsern geschworenen Eid gehalten; werden denn nun endlich Volk und Regierung daselbe tun?

An das Reichsfinanzministerium in Berlin wurde folgendes Telegramm geschickt: Die Kriegsoffiziere Leipzigs fordern in Anbetracht der fortwährenden Preissteigerungen der Lebensmittel usw. von der Reichsregierung die sofortige Erhöhung der Rente um 150 Prozent und eine einmalige Befreiungsbefreiung. Die Not unter den Kriegsoffizieren wächst zusehends und führt zum Ruin, wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen wird.

Ein Leipziger Wuchergericht.

Am Mittwoch, dem 18. Februar, fand die erste Verhandlung des neugebildeten Leipziger Wuchergerichts statt. Bevor in die Verhandlung eingetreten wurde, erhoben die drei Verteidiger Dr. Landmann, Dr. Häbner und Hähmann gegen die Zulässigkeit der Wuchergerichte Einspruch. Sie begründeten ihre Ansicht damit, daß die Wuchergerichte nicht als Sondergerichte, sondern als Ausnahmegerichte anzusehen seien, die nach der Verfassung nicht zulässig wären und eine Kabinettsjustiz darstellten, denn den Angeklagten sei der Rechtsweg der Berufung und Revision abgeschnitten. Staatsanwalt Hand trat dieser Ansicht entgegen und nach einer längeren Beratung beschloß das Gericht, die vorgebrachten Bedenken nicht anzuerkennen und sich für zuständig zu erklären.

Die Leipziger Volkszeitung

Ist am 17. Januar verboten worden und am 19. Februar wieder erschienen. Von unsern Abonnenten wird für den Monat Februar kein Abonnementspreis erhoben; es soll damit ein Ausgleich für den vollbezahlten Monat Januar gewährt sein. Für neuertretende Abonnenten beträgt der Bezugspreis für Februar 1 Mk.

Die neuen Ortsämter in der Kreishauptmannschaft Leipzig.

Auf Grund von § 151 Abs. 1 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung werden die Ortsämter für die Bezirke der nachverzeichneten Versicherungsämter geändert und auf die Zeit vom 1. April 1920 bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung unter Verdoppelung der bisherigen Größe vom Oberversicherungsamt Leipzig wie folgt festgesetzt:

Table with columns: Bezirk des Versicherungsamts, Versicherte im Alter von (über 21 Jahre, 16-21 Jahren, 11-16 Jahren), and a column for 14 Jahren befristet. Rows include A. Amtshauptmannschaftliche Versicherungsämter (Borna einschl. der Stadt, Götzhain, Döbeln, Grimma, Leipzig, Oschatz) and B. Städtische Versicherungsämter (Borna, Burgstädt, Colditz, Döbeln, Grimma, Großschönau, Hallesche, Hartha, Leipzig, Meissen, Markranstädt, Mittweida, Oschatz, Pegau, Penitz, Rochitz, Riesa, Tauscha, Waldheim, Wurzen).

Zur Stellung der Leipziger Buchdrucker. In ihrer letzten Versammlung, die am Dienstagabend im Volkshaus tagte, beschäftigten sich die Leipziger Buchdrucker noch einmal mit der Zeitungsangelegenheit. Der Vorsitzende Hessebach teilte das Ergebnis der Abstimmung mit, das in den Zeitungsbetrieben vorgenommen worden war: es waren 207 gegen und nur 68 Stimmen für den Streik abgegeben worden. Da sich die Versammlung von ihrem Vorhaben übergeben ließ, eine nochmalige Abstimmung über die Streikfrage in der Bauerversammlung, nachdem die Buchdrucker zweimal gegen den Streik gestimmt hätten, überflüssig, so ging sie über die Frage zur Tagesordnung über.

Aus dem Arbeiterrat Leipzig ausgeschieden ist die Deutsche Fraktion. Er besteht jetzt nur noch aus Mitgliedern der U. S. P. D.

Kinder aus Dänemark. Die Kinder, die am 10. Dezember 1919 vom Generalstaatsrat nach Dänemark geschickt wurden, kommen voraussichtlich am 21. Februar zurück. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Eine Kirchenströmung. Gegen den Freispruch des Kommunisten Eugen Driner, der am 10. Dezember 1918 in die Marxstraße eingedrungen sein sollte, hatte der Staatsanwalt Verurteilung eingelegt. Die Angelegenheit beschäftigte am 19. Februar 1920 die 5. Strafkammer des Leipziger Landgerichts. Trotz größerer Zeugnisausgabe ergab sich nichts Besondere. Der Kommunist Driner ist Protestant und als solcher wohl berechtigt, in eine Kirche zu gehen. Außerdem hat er, nach seiner Aussage, die Menge beruhigen wollen, die, wie er meinte, in anderem Falle vor Tat schelten nicht zurückgeschreckt wäre. Das Gericht verwarf die Verurteilung des Staatsanwalts, indem es die Deffenlichkeit der Kirchenversammlung bejahte. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Für Rentenempfänger. Das Abwärtungsamt des Sächsischen Kriegsministeriums hat entschieden, daß in bezug auf die zulässige Gewährung des Entlassungsantrages für die Orte Engelsdorf, Gausch, Großschöcher, Windorf, Leusch, Dösch, Marktleiberg, Pannsdorf und Wahren als jährliches Höchstentkommen nicht 3000 Mk., sondern 5000 Mk. gilt, da dieselben als Vororte anzusehen sind. Die übrigen bisher erlassenen Bestimmungen bleiben vollständig bestehen. Verordnungsstellen I und II Leipzig.

Ein Leipziger Kaufmann auf der Auslieferungsliste. Georg Schoenbach in Leipzig steht sowohl auf der polnischen wie auf der französischen Auslieferungsliste. Er wird als ehemaliger Direktor der Holzstoffabteilung der Pflanzung in Lodz sowie der Fäbrigung der Zellulose in Nordfrankreich beschuldigt.

Keine Fahrpreiserhöhung für Meßbesucher. Die billigere Fahrkarte allein hat es gewiß nicht vermocht, einen neuen Meßbesucher nach Leipzig zu ziehen; aber sie hat doch in manchen Fällen das Jünglein an der Waage entscheidend beeinflusst, wenn Entschlossenheit — ob? oder ob nicht? — eines Anstößes bedurfte. Diesmal ist es leider nichts damit. Die Finanzen der Eisenbahn sind so herunter, daß sie auch den Leipziger Meßbesuchern den vollen Fahrpreis abverlangen muß.

Die Verzeichnisse der Postfachkunden bei den Postfachämtern im Reichspostgebiet werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar 1920 erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen.

Abgetretene Postorte. Das Reichspostministerium bereitet einen Sonderabdruck des Verzeichnisses der mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages abgetretenen Postorte vor. Es ist beabsichtigt, Stücke davon gegen Kostenerstattung an Behörden sowie auch an das Publikum abzugeben.

Zugverkehr am Vultage. Am sächsischen Vultage (25. Februar) wird auf den sächsischen Staatsbahnen der Personenverkehr wie am Vultage durchgeführt. Es werden jedoch einzelne Züge, die vornehmlich dem Arbeiter- und Berufsverkehr dienen und an diesem Tage nicht gebraucht werden, ausfallen. Dieser Zugausfall wird durch Schalterausgleich auf den Stationen bekanntgemacht.

Eine Veränderung in der Gültigkeit der Wochenkarten 4. Klasse tritt vom 22. Februar d. J. ab auf der Eisenbahn ein. Vom genannten Tage an gelten die Karten nicht mehr von Montag bis Sonntag, sondern von Sonntag bis einschließlich Sonnabend.

Neubauwohnungen. Die vier Neubauten des Bauvereins zur Beschaffung preiswerter Wohnungen (Querstraße 18), welche diese Baugenossenschaft an der Bräunerstraße in Leipzig-Anger-Crottendorf errichtet hat, sind jetzt fertiggestellt und die 40 Wohnungen werden demnächst an die Vereinsmitglieder zur Vermietung kommen. Vor der Zuteilung ist in jedem Einzelfalle die Zustimmung des Wohnungsamtes einzuholen. Es handelt sich ausschließlich um kleine Wohnungen. Die Fertigstellung der Neubauten war wegen der Baustoffbeschaffung und der wiederholten Steigerung der Arbeitslöhne mit großen Schwierigkeiten verknüpft und hat sich um ein halbes Jahr verzögert. Mit Rücksicht auf das in unserer Stadt herrschende Wohnungsmangel hat die Vereinsverwaltung aber alle Mühe aufgewendet, um das Bauvorhaben doch noch durchzuführen. Auch für dieses Jahr besteht die Absicht, auf dem Areal in L.-Schönefeld wiederum mehrere Wohnhäuser zu errichten, die Voraussetzungen hierzu sind in jeder Hinsicht bereits gegeben.

Brände. Am 18. Februar, abends gegen 1/2 11 Uhr, wurde die Feuerweh nach der Blumenstraße 48 gerufen. Dort war in einer Koffertabrik ein auf einem Gasloch stehender Behälter überlaufen und der Inhalt angebrannt. — Am gleichen Tage, 8 Uhr abends, wurde in der Hübnerstraße Nr. 2 in Einbäumen ein Heubodenbrand nach zweifelhafte Tätigkeit bemerkt.

Der Militarismus als Unruhefaktor. In dieser Notiz, die wir Mitte Januar veröffentlichten, schreibt uns der Befehlshaber für Westfalen: Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes werden sie aufgefordert, zu dem in Nummer 9 der Leipziger Volkszeitung vom 18. 1. 20 veröffentlichten Artikel „Der Militarismus als Unruhefaktor“ nachstehende Berichtigung in der nächsten Nummer der Leipziger Volkszeitung zu veröffentlichen.

Der in dem Artikel „Der Militarismus als Unruhefaktor“ (Leipziger Volkszeitung, Nummer 9 vom 18. 1. 20) als Zivilist bezeichnete, von dem Hauptmann wegen Nichterscheinens zur Rede gestellte Mann mußte, da er Uniform mit militärischen Abzeichen (beide Ärmelenden an der Ärmel) trug, mit Rücksicht verboten ist, als noch nicht entlassener Soldat angesehen werden. Eine Festnahme des betreffenden erfolgte erst, nachdem er die Kompanie mit lauten Schimpfen und vorwärtlichen Redensarten eine Straße lang begleitet hatte. Die in dem Artikel behauptete Beschimpfung des Mannes als „Lautschrei“ durch einen Offizier-Stellvertreter der Kompanie ist schon deshalb unmöglich vorgefallen, weil in der betr. Kompanie ein Offizier-Stellvertreter überhaupt nicht vorhanden ist.

Von Seiten der Brigade: Der Chef des Generalstabes, Fl. L. P. 1, Hauptmann.

Im wesentlichen werden unsere Angaben in dieser Berichtigung bestätigt. Wenn ein Offizier-Stellvertreter nicht dagewesen ist, so wird die Beschimpfung eben durch eine andere Militärperson erfolgt sein.

Geschäftshof. Vormittags von 9-12 Uhr Ausgabe von Wochenschrift, hergestellt aus außerordentlichem Pferdefleisch. Die Ausgabe erfolgt auf die letzte Haushaltkarte, der Preis beträgt 5 Mk. für 1/2 Pfund. Familien bis zu drei Personen erhalten 1/2 Pfund, die übrigen 1 Pfund.

Polizeinachrichten.

5000 Mark Belohnung! Nach einer Bekanntmachung in der heutigen Nummer sind einer Heiligen Wandwarenfirmen 20 rote Baum- und Steinwärfel, 2 halbe rote Wärfel und 1 halbe rote Wärfel gestohlen worden. 5000 Mk. werden in der Bekanntmachung als Belohnung zugesichert.

Zwei Ideal-Schreibmaschinen gestohlen. Durch Einbruch sind am 11. d. M., abends in der 9. Stunde, aus dem Kontor einer an der Johannisstraße in L.-P. gelegenen Maschinenfabrik zwei Schreibmaschinen, Marke Ideal, mit den Fabriknummern 28925 und 80169, im Gesamtwert von 8000 Mk. gestohlen worden. Nach einer in dieser Nummer enthaltenen Bekanntmachung sind 1600 Mk. Belohnung ausgesetzt worden.

Dringliche Warnung an Garderobefrauen! Seit einiger Zeit benutzten Bettler große Ansammlungen von Menschen in Konzerten und Tanzsälen dazu, Herrenscherenbesitzerinnen von den Garderobefrauen zu erschwindeln. Es sind in letzter Zeit eine ganze Reihe solcher Betrugsfälle vorgekommen, es wird deshalb den in Neben-

blagen beschäftigten Angehörigen dringend empfehlen, ja recht genau die Garbenbarmark auf ihre Echtheit zu prüfen. Es ist die namentlich dann unumgänglich nötig, wenn Kinder vor dem allgemeinen Ausbruch der Pest zurückverliefert werden. Auch die Seideneigentümer werden in ihrem eigenen Interesse auf sich die Sache anzunehmen. Bei dem geringsten Verdacht veranlasse man die sofortige Festnahme des Verdächtigen.

Auffindung der Leiche eines neugeborenen Kindes in der Viehheide
Am 16. d. M., nachmittags gegen 3 Uhr, ist in der Nähe des Gönzweges am Gernantabade bei einem Biegelstein beschwerliche Leiche eines vermutlich nicht vollständig ausgeprägten Kindes männlichen Geschlechts von einem dort Kohnfahrenden angetroffen worden. Ob ein Verbrechen vorliegt und ob das Kind lebensfähig war, wird die Untersuchung ergeben. Der Angaben zur Ermittlung der Mutter des Kindes machen kann, wolle dies sofort der Kriminalabteilung mitteilen.

Unfall. Ein sich zur Zeit noch in Va. arztbehandlung befindender Kriegesbeschädigter zog sich am Abend des 16. d. M. in der Windmühlentstraße infolge Anschließens seines Stoves einen Knöchelbruch zu. Er mußte mit Militärtransportwagen nach dem Lazarett gebracht werden.

Zeugen gesucht! Am 27. Januar d. J., einem Dienstag, früh 7/8 Uhr, ist eine in Lützen wohnende 54jährige Frau in der Eisenbahnstraße in Leipzig-Mitte von dem Anhängen eines nach Volkmarthaus fahrenden Straßenbahnwagens der Linie 2 herabgestürzt und hat sich dabei erhebliche Quetschungen an der Nase zugezogen. Personen, die Zeugen des Unfalls waren und Angaben zur Aufklärung des Falles machen können, wollen sich bei der nächsten Polizeiwache oder bei der Kriminalabteilung Wächterstraße Nr. 3, 3. Stock, Zimmer 102, an Kr. V. B. 11 205/20 baldigst melden.

Lebensmittelliste für Freitag, den 21. Februar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Schweinefleisch und Inlandsmargarin: Legter Tag — abzugeben Landesfestmarke C (100 Gramm Schweinefleisch und 50 Gramm Inlandsmargarin); Fettmarke G für Kriegesgefangene (50 Gramm).

Kartoffeln: Legter Tag — abzugeben Kartoffelmarken B 7/B 7 und Kartoffelhilfsmarken B 15 (200 Gramm Roggen- oder Weizenmehl und 3 Pfd. Kartoffeln).

Fleisch: abzugeben D 1—10, D 1—5.

Ausgabe. Zwieback: Legter Tag — bestellt mit 14 K der Lebensmittelkarte Reihe X (1 Paket); Marke A 5 der Sonder-Lebensmittelliste für 12—18 Jahre alte Personen (2 Pakete); Marke B 7 der Sonder-Lebensmittelliste für Personen über 65 Jahre (2 Pakete).

Reis: Legter Tag — bestellt mit Marke B 5 der Sonder-Lebensmittelliste für Kinder von 6—12 Jahren (2 Pakete); Marke S N S M 1 der Sonder-Lebensmittelliste für Schwangere, Stillende usw. (2 Pakete).

Fleisch: bestellt mit B 1—10 (100 Gramm Ausl.-Pökelrindfleisch oder Ausl.-Schweinefleisch und 50 Gramm Wurst); B 1—5 (50 Gramm Ausl.-Pökelrindfleisch oder Ausl.-Schweinefleisch); B 1—5 (Kraute 125 Gramm dergl.).

Für Händler.

Marmelade: Legter Tag der Wareneinfuhr durch die Lagerstellen.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Leipziger Volkshöhe. Sonntag, 22. Februar, nachm. 1/2 Uhr Dantons Tod. Drama von G. Büchner.

Altes Theater. Sonntag, 20. Februar, nachmittags 2 Uhr: Die Wölfe. Revolutionsdrama in 8 Akten von Román Rosand. Deutsch von Wilhelm Herzog.

Sächsishe Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

Die Volkshammer hatte sich in den letzten drei Wochen mit einer Reihe wichtiger Vorlagen und Anträgen zu befassen. Im Mittelpunkt standen die Debatten über die künftige Gestaltung des Wirtschaftslebens, die sich an einen deutschnationalen Antrag Schmidt und Genossen auf Aufhebung der Zwangsökonomie anknüpfen, und die durch die Frage gegen die U. S. P. provozierte Aussprache über die Fiktionsverbote. Der Antrag Schmidt, der schon im vorigen Sommer einmal das Plenum beschäftigte, war von der Mehrheit des Gesetzgebungsorgans bereits abgelehnt worden, zugunsten eines Antrags der U. S. P., der im Gegensatz zum Antrag Schmidt die öffentliche Kontrolle und Erfassung der gesamten Produktion, die Beschaffung der Rohstoffe und Nahrungsmittel durch das Reich und die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes verlangte, und im wesentlichen die Unterfütterung des Wirtschaftsministeriums gefunden hatte. Beide Anträge wurden am 15. und 16. Januar in der Volkshammer verhandelt und führten zu einer umfangreichen und zum Teil sehr erregten Diskussion über das Ernährungswesen. Die Debatte spitzte sich in der Hauptsache auf einen scharfen Vorstoß gegen die durch die Deutschnationalen vertretenen Agrarier zu, die von den Rednern der andern Fraktionen mehr oder weniger scharf bekämpft wurden und gegen die auch der Wirtschaftsminister Schwarz entschiedene Töne fand. Es schien, als ob er den schlechten Eindruck verwischen wolle, den seine frühere Äußerung in der Preiskonferenz gemacht, in der er davon sprach, daß die Landwirte bei den jetzigen Höchstpreisen Bankrott machen müßten. Damit fand er den Beifall der agrarischen Volkshammer. Am letzte er, daß er auch anders kann. Bemerkenswert war an den Ausführungen eines andern Regierungsdarstellers, daß es um die Ernährung in den nächsten Monaten nicht schlecht stehe. Offenbar ist das nicht nur wieder Verhöhnungspulver, das die Regierungen in solchen Fällen immer zur Hand haben.

Von unsrer Seite sprachen außer Denuhard als Berichtserichter für den Antrag der Mehrheit des Gesetzgebungsorgans, U. P. in 1 und 2. Unsere Redner zogen den Rahmen der Kritik weiter und kennzeichneten die allgemeine wirtschaftliche Lage. Sie machten auch Vorschläge, was momentan gegen das Geld zu tun sei und traten für den eublichen Beginn sozialistischer Wirtschaftsweise ein.

In einem erregten Zwischenfall kam es am Schluß der Debatte. Der Deutschnationalen Müller hatte davon gesprochen, daß sie die Regierung hätten wollen und würden. Davon erwiderte der Minister Schwarz, sehr erregt und bezeichnete die Deutschnationalen schließlich als Verbrecher, die zuerst an den Galgen müßten. Das war allerdings für einen Minister.

Darauf reagierte Müller in der Weise, daß er, mit Fingerzeigen auf die Fraktion der U. S. P., rief: Dort sitzen die Verbrecher. Unsere Genossen dienten entsprechend, es kam zu einem großen Tumult, obwohl nicht viele der Abgeordneten im Saale waren. — Der nach der Initiative der unabhängigen Mitglieder vom Gesetzgebungsorgan mit Mehrheit beschlossene Antrag wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen, deren Kinderrechtsantrag abgelehnt.

In der Sitzung vom 20. Jan. wurde eine von unsrer Fraktion eingebrachte Interpellation über den Ausnahmezustand und das Verbot der Leipziger Volkszeitung behandelt. In einer groß angelegten Rede zerstückte Genosse Fleißner zunächst die Schwabenschriften, die über die Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude am 12. Januar verbreitet worden sind und zu einer beispiellosen Rede gegen die unabhängigen sozialdemokratischen Partei ausanwandten. Diese verurteilende Rede, die auch vom Reichstagsrat und der sächsischen Kammer betrieben wurde, leitete man sich in einem Augenblick, wo die gesamte unabhängige Presse durch Verbote mundtot gemacht worden sei. Diese Zeitungsverbote, die bereits vor dem 12. Januar verhängt worden seien, seien darauf berechnet, die unabhängigen Zeitungsunternehmen wirtschaftlich zu ruinieren und stellen einen offenen Verfassungsverstoß dar. Sie seien aber ferner eine offene Begünstigung der Gegen-

revolution. Während versucht wird, jede Kritik der unabhängigen Presse zurückzuführen, geschähe von der Regierung nichts gegen die unorthodoxen Gegner. Fleißner belegte die standhafte Gewaltpolitik der Regierung durch eine Reihe von Beispielen und erklärte, daß alle widerrechtlichen Beschränkungen und nicht abhalten würden, die Interessen des Proletariats energisch zu vertreten.

Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer versuchte, die berechtigten Angriffe mit einigen nichtssagenden Nebensätzen abzutun, indem er sich hinter das Reich stellte, das in der Angelegenheit zuständig sei. Im übrigen aber legte er seine bekannten Schimpfereien gegen die „Einfachstapler“ und den „Janakismus“ der Unabhängigen und gegen deren Programm und besonders gegen die Leipziger Volkszeitung fort.

Die Besprechung der Interpellation wurde trotz unjeres Protestes hinausgeschoben. Erst am 11. Januar — also nach 13 Tagen, obwohl 6 Sitzungstage dazwischen lagen — kam es zu der Auseinandersetzung, bei der sich die Redner der Regierungsozialisten noch schroffer benahmen als die bürgerlichen Vertreter. Herr Kühn hielt eine seiner bekannten „Vernehmungsreden“, nicht etwa gegen die Reaktionen und die Gewaltpolizei in der Regierung, sondern gegen die Unabhängigen. Er warf Genossen Fleißner vor, daß er es als festgesetzt bezeichnet hatte, daß das furchtbare Blutbad am 12. Januar auf das Schulkonto der Regierung zu schreiben sei, und „stellte“ nun seinerseits „fest“, daß das alles gar nicht stimme und daß nur die Unabhängigen verantwortlich zu machen seien. Und zwar stütze er sich bei diesen „Feststellungen“ — man lache nicht — auf die Darstellungen der Regierung, besonders Kodes und des preussischen Ministers Heine, der erst vor kurzem in seinen Angriffen gegen die U. S. P. mit handgreiflichen Unwahrheiten operierte und den Vorwurf der Verleumdung, den ein indirekt dabei Beteiligten gegen ihn erhob, bis heute unbeachtet gelassen hat. Auf das Verbot der U. S. P. ging Herr Kühn nicht ein. Das sollte sein Parteifreund Mige als „gründlicher Kenner“ der Leipziger Verhältnisse besorgen. Mige kam zwar zum Wort, hatte aber den ihm zugewiesenen Auftrag gründlich vergessen. Er bemühte sich lediglich nachzuweisen, daß die Unabhängigen ihrem alten Programm treu geworden wären.

In einer 2 1/2stündigen Rede ging Genosse Lipinski auf die Neben des Ministerpräsidenten und seines Parteifreundes Kühn ein, wobei er nachwies, daß die Regierungsozialisten, die der Reaktion fortgesetzt Handlangerdienste leisten und offiziell noch immer als Träger der staatlichen Macht gelten wollen, bereits völlig vor der Militärtruppe die Waffen gestreckt haben. In längeren juristischen Darlegungen stellte er die Ungesetzlichkeit des Ausnahmezustands und der Zeitungsverbote fest, die dazu führen können, eine Partei wirtschaftlich zu ruinieren, und machte die Regierung für den entstehenden Schaden verantwortlich. Herr Gradnauer hatte nicht den Mut, sich jetzt zu verteidigen, er überließ dies einem Geheimrat aus dem Justizministerium, dessen juristischen Dargelungen nichts weniger als überzeugend waren, und Herrn Dr. Meute-Wildert von der Demokratischen Partei. Dieser überläßliche Ministerpräsident verteidigte offen die Gewalt und führte die Befehle von Plänen und Treuen darauf zurück, daß diese Orte „früher schon einmal Garnisonen verlangt“ hätten. Auf diese Weise kann die Regierung Gradnauer wirklich stolz sein.

Die weitere Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Chemnitzer Mordtaten vom 7. und 8. August, und ging aus wie das Dornberger Schicksal. Nur eins hat auch diese Aussprache wieder bewiesen: daß die Revolution heute vor einer einheitlichen reaktionären Front steht, die von den Deutschnationalen bis zu den Regierungsozialisten reicht, und daß die U. S. P. die einzige Partei ist, die noch den Mut hat, für die bedrohte Freiheit und für die Rechte des Volkes einzutreten.

Ablehnung der politischen Amnestie für Sachsen.

Die unabhängige Fraktion hatte der sächsischen Kammer einen Antrag eingebracht, der eine Amnestie für politische Vergehen und Übertretungen vorschlug. Genosse Lipinski begründete diesen Antrag, den Justizminister Darnitz mit einem ungeheuren Phrasenschwall besäufte. Er stellte die lächerliche Behauptung auf, daß die sächsische Regierung den Belagerungsstand so milde angelegt habe wie irgend anderswo, daß aber die Unabhängigen immer wieder Penetration in die Verfassung trüben. Dann wollte er seiner Furchtsucht glauben machen, daß der Antrag gar keine Bedeutung habe, denn die Gnade habe sich jetzt immer geöffnet und werde auch weiter helfen. Außerdem empfahl es sich nicht, daß Sachsen allein mit einer politischen Amnestie vorgehe. In seinem Schlußwort widerlegte Genosse Lipinski die Ausführungen des Ministers und wies nach, daß nicht die Arbeiterpartei und nicht die Unabhängigen die Schuld trügen an den unruhigen Zuständen, sondern daß die Maßnahmen der Regierung und der Belagerungsstand eine immerwährende Störung der Penetration darstellten. Niemand vermehre es übrigens der Regierung, auf die Reichsregierung einzudringen, daß die Amnestie allgemein werde. In der Abstimmung wiesen die bürgerlichen Parteien in ruhender Uebereinstimmung mit den sogenannten Mehrheitssozialisten den Amnestieantrag ab.

Mandatwechsel.

Die Abgeordneten Weda (Dem.) und Schäfer (U. S. P.) haben wegen Krankheit bzw. Vertzug aus Sachsen ihre Ämter niedergelegt. Für Herrn Weda ist Frau Dr. Beck-Ullig und für Genossen Schäfer Genosse Paul Barthel-Luzenau in die Volkshammer eingetreten.

Der sächsische Finanzminister Nischke hat auf Wunsch der Demokratischen Partei sein Mandat zur Nationalversammlung niedergelegt. Sein Nachfolger in der Nationalversammlung ist Oberbürgermeister Dr. Kitz in Jittau.

Rothsch. In der am Dienstagabend abgehaltenen gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Reichs und der Stadtverordneten wurde dem Antrag des Bürgermeisters Grieschammer zugestimmt, in Hochitz ein Fernwärzewerk zu errichten für die Städte Rothsch, Geringswalde und Golditz und mit dem Bau deselben die Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig zu beauftragen. Der Bau soll unverzüglich in die Wege geleitet werden, sofern der Vertrag abgeschlossen ist.

Schwarzenberg. Die sächsischen Kollegen haben beschlossen, den sächsischen Beamten, Anwälten und Arbeitern eine Beschaffungskommission zu gewähren. Die Kosten belaufen sich auf 78 000 Mk. Dem Geschäftsführer soll vorläufig die Hälfte ausbezahlt werden.

Schwarzenberg. Der Verband der Erdfruchtler in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg hat die herrliche im vorigen Jahre der großen in Wittwida gelegenen, vielbesuchten Sommerfrische Kasino Nischkammer bei Schwarzenberg erworben, um dieselbe für das geplante Verbandsgebäude zu verwenden.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein „Abkommen“.

Wir berichteten gestern über Verhandlungen, die Anfang dieser Woche in Essen zwischen Regierung, Zechen- und Eisenwerkbürgern und Vertretern der Arbeiterorganisationen gepflogen worden sind, wozu die Steigerung der Kohlenförderung im Ruhrbergbau. Die Verhandlungen sind fortgesetzt worden in der Arbeitsgemeinschaft dieser Industriezweige und sie haben, wie Wolffs Bureau meldet, zu folgendem Abkommen geführt:

Es sollen wöchentlich zwei halbe Ueberstunden gelassen werden. Als Entgelt hierfür erhält der Untere-Arbeiter 100 Prozent, der Ueber-Arbeiter 50 Prozent Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern, die Ueberstunden leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Mann und

Monat 12 Kilogramm Brot und 4 Kilogramm Fett, und zwar zu den Preisen der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 28. Februar in Kraft und gilt vorläufig auf drei Wochen bis zum 14. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einsehen.

W. L. B. verleiht seine Meldung mit nachstehendem, offenbar regierungsoffiziell inspirierten Begleittext:

Diese Bereitwilligkeit, die Kohlenproduktion durch Leistung von Ueberstunden zu steigern, hat den Bergarbeitern den Dank des ganzen Volkes gesichert. Ein Teil der mehr geförderten Kohlen wird zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag benutzt, die übrige Menge wird sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft zugute kommen.

Zunächst ist zu bemerken, daß bei der Beratung der Abfassung und der Annahme dieses Abkommens die Bergarbeiter selbst gar nicht gefragt worden sind, daß dieses Abkommen vielmehr über ihre Köpfe weg getroffen worden ist. Sollen etwa auf diesem Wege die Zwangsmassregeln gegen die Bergarbeiter eingeleitet werden, von denen der Reichsfinanzminister sprach? Und was den Dank des ganzen Volkes anbetrifft, so wird die Arbeiterschaft zwar die Förderung der Kohlenproduktion begrüßen, nicht aber den Weg, auf dem sie erfolgen soll. Hunderttausende von Arbeitslosen irren noch durch die Straßen der Großstädte. Hätte man frühzeitig genug mit der Sozialisierung des Bergbaus begonnen, so hätten inzwischen Tausende der im Bergbau bereits länger Beschäftigten zu Bauern herangebildet und weitere Tausende als ungelernete, als Ueberarbeiter eingerichtet werden können. Und hätte man die Sozialisierung fernerhin auf andre wichtige Industriezweige ausgedehnt, z. B. auf bestimmte Zweige des Baugewerbes, so ständen jetzt gewiß auch Baumaterialien für Grubenarbeiterwohnungen bereit. In dieser Unterlassungsflunde krank gegenwärtig die Kohlenförderung, nicht am schlechten Willen der Bergarbeiter. Und wenn sie die dekretierten Ueberstunden fahren sollten, so bleibt bei allem guten Willen der Bergarbeiter es noch immer fraglich, ob das gewünschte Ergebnis herauspringt. Denn jahrelang ausgemergelte Arbeitskräfte werden nicht über Nacht in höherem Grade arbeitsfähig, auch wenn man ihnen pro Tag 400 Gramm Brot und 133 Gramm Fett mehr zuführt. Und daß diese Ration den Bergarbeitern selbst nicht voll zugute kommt, ist doch selbstverständlich insofern, als ein Bergarbeiter es wahrscheinlich nicht so ohne weiteres übers Herz bringen wird, sein darbenendes Weib und seine hungernden Kinder von der Mehrzahl gänzlich auszuschließen.

Es ist also auf alle Fälle mindestens fraglich, ob der beschrittene Weg zum gewünschten Ziele führt. Der sicherere, der auf alle Fälle sichere Weg ist einzig und allein die Sozialisierung.

Ein Regierungsbeweis.

Durch die Presse ging die Meldung, eine Kabinettsitzung habe am Mittwoch die Einführung des achtstündigen Arbeitstages erörtert. Demgegenüber läßt jetzt die Regierung durch W. L. B. erklären, daß diese Meldung jeder Begründung entbehre.

Wie dann wohl diese Meldung entstanden konnte? Den Wünschen gewisser Kreise würde sie durchaus entsprechen.

Auslauf im Großkraftwerk Schornowitz.

Die Arbeiter des Großkraftwerkes Schornowitz, nördlich von Bitterfeld, sind nach einer Meldung des W. L. B. am Donnerstag wegen nicht bewilligter Lohnforderungen in den Auslauf getreten. Da durch die Stilllegung dieses Werkes die Stromversorgung von Berlin sowie dem umliegenden mitteldeutschen Industriegebiet gefährdet ist, sei die technische Aufsicht in Berlin und Halle a. S. alarmiert, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Gewerkschaften und Betriebsräte wählen.

In der Verlagsgenossenschaft Freiheit ist neben auch die Wahlordnung zum Gesetz der Betriebsräte, mit Anmerkungen versehen, erschienen. Preis 50 Pfg.

Bergarbeiterkonflikt in Frankreich?

Paris, 19. Februar. (W. L. B.) Nach der Liberté ist ein Konflikt mit den französischen Bergarbeitern, trotzdem die Kammer gestern das Pensionsgesetz angenommen hat, zu erwarten wegen der erhöhten Beitragserhebung von einem Viertelprozent des Lohnes, die das Gesetz vorschreibt. Verleitet am Vormittag fand eine Sitzung der Bergarbeitergewerkschaft statt, in der erklärt worden ist, man könne nicht nachgeben, so daß also die Streikbedrohung für den 1. März aufs neue ins Auge gefaßt werden könne.

Drohender Eisenbahnerstreik in Amerika.

Neuer meldet aus Washington, daß der Generaldirektor der Eisenbahnen die Forderungen der Eisenbahndelegierten als unersättlich abgelehnt und seine eigenen Vorschläge mit denen der Gegenpartei Wilson als Schiedsrichter unterbreitet habe. Wilson wird persönlich mit drei Vertretern der Eisenbahner über ihre auf 40 Prozent Erhöhung ausgehenden Lohnforderungen konferieren. Einweilen ist vom Eisenbahnerverband der Generalstreik für den 17. Februar angekündigt worden. Der Standpunkt der Regierung ist, daß die Arbeiter sich gebulden sollen, bis die gesamte Herabsetzung der Kosten der Lebensführung zur Tat geworden ist. Die Arbeiter aber lassen sich ihreswegs nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung bisher das Nötige in dieser Hinsicht zu unternehmen lund, aus verabsäumt hat.

Gympastik- und Gymnastik für die holländischen Patenarbeiter.

Haag, 18. Februar. (Z. M.) Die Baberland meldet, daß der Führer des amerikanischen Seemannsbundes mitteilt, daß die amerikanischen Seeleute die Schritte der holländischen Hafenarbeiter unterstützen werden, bis ihre Forderungen angenommen worden sind. Auch der Sekretär des englischen Transport- und Seemannsbundes hat wissen lassen, daß die britischen Hafenarbeiter die niederländischen Schritte, die in englische Häfen einlaufen, nicht entladen werden.

Die Sammlungen der Leipziger Arbeiterschaft für die ökonomischen Arbeiter haben bis jetzt 10851 45 Mk. ergeben. Wir bitten um baldige Abrechnung der noch ausstehenden Listen. Für die Berliner Metallarbeiter wurden 100748.40 Mk. aufgebracht.

17. Quittung.

Für die Opfer der Revolution gingen beim Bezirksparteisekretariat ein: Verleitet quittiert 28 276.30, Mittelskai Baunmeister Engelhardt 8 — Sammlung Wursen a conto 1000. — Von den noch arbeitenden Kollegen der Firma Schumann u. Co., Leutzsch 21. — Veranlassung der Elektromotoren, durch Max Schumler 155. — Angekollte der Firma Bruno Dieck 63.50, Hauptbahnhof Delitzsch Nord, Woyt 15.50, Tischlerei der Firma Jäger, Hofje u. Siemens Werke 8. — A. J. Seper, durch H. R. 13. — Sammlung der Buchbinderi Rittshardt 27.50, Ortsgruppe Regis, gesammelt in der Protestversammlung 30. — Mk. Summa 37647.85 Mk.

W. L. B.

Ämtliche Bekanntmachungen.

1600 Mark Belohnung!

Am 11. d. M. abends in der 9. Stunde sind aus dem Kontor einer Maschinenfabrik in der Pfaffenstraße in Leipzig-Plagwitz durch Einbruch 2 Schreibmaschinen, Marke Ideal Nr. 28 925 und 89 169 im Werte von zusammen 8000 Mk. gestohlen worden.

Auf Wiedererlangung der Schreibmaschinen sind 800 Mk. und auf Ermittlung der Täter ebenfalls 800 Mk. als Belohnung ausgesetzt worden. Sachdienliche Mitteilungen erbittet schnellstens die Kriminalabteilung zu Nr. 11 495/20. Leipzig, den 19. Februar 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

5000 Mark Belohnung!

Bei einer hiesigen Rauchwarenfirma sind am 18. Februar 1920 28 Stück rohe Baum- und Steinmarderfelle (prima), 2 halbe rohe Marderfelle und 10 halbe rohe Fitisfelle im Gesamtwerte von 70 000 Mk. gestohlen worden. Auf Wiederherbeschaffung der Felle und Ergreifung des Täters wird obige Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Wahrnehmungen werden erbeten an die Kriminalabteilung oder nächste Polizeiwache zu Nr. 11 495/20. Leipzig, den 18. Februar 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Fleischverteilung.

Ausgabe: Am 21. Februar auf die Marken B 1-10 (Erwachsene), 130 g Ausland-Schweinefleisch oder Ausland-Schweinefleisch mit Knochen und 50 g fetliche Wurst, B 1-5 (Kinder), 90 g Ausland-Schweinefleisch

oder Ausland-Schweinefleisch mit Knochen, B 1-5 (Kranke) 125 g bezu. d. Preis: Ausland-Schweinefleisch 8.00 Mk. das Pfund (130 g 1.50 Mk., 125 g 1.50 Mk., 90 g 1.08 Mk.). Ausland-Schweinefleisch 8.00 Mk. das Pfund (130 g 1.08 Mk., 125 g 2.00 Mk., 90 g 1.41 Mk.). Wurst 4.70 Mk. das Pfund, 50 g 47 Pfg. Anmeldung: Fleischmarken D bis Donnerstag den 20. Februar beim Hl.ischer abgeben. Leipzig, am 19. Februar 1920. Ern.-N. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Schweinefleisch- und Inlandmargarin-Verteilung.

I. Verbrauchsfall.
Es werden ausgeteilt:
1. auf die Marke C der Landesleitskarte 30 100 g Schweinefleisch und 50 g Inlandmargarin
2. auf die Fettmarke 6 der Zusatzlebensmittelliste für heimgekehrte Kriegsgefangene 50 g Inlandmargarin
3. auf die Sonderbuttermarken 87 für Kranke die ausgedruckte Menge Butter.
4. auf die Buttermarken Q 7 und V 7 für Militärurlauber und Besuchsfremde je 60 g Inlandmargarin.
Die strengtübigen Mitglieder der israelitischen Religionsgemeinde, die berechtigt sind, rituelle Margarine zu beziehen, haben nur die Marke C zum Bezug der rituellen Margarine bei der israelitischen Religionsgemeinde, Scherstraße 10, I, einzureichen.
Der Preis für 100 g Schweinefleisch beträgt 2.40 Mk., der Preis für 50 g Inlandmargarin 1.10 Mk. und für 50 g 92 Pfg. Die Kleinhandl. erhalten das Schweinefleisch zum Preise von 1121.- Mk. (im Falle der Zufuhr 1122.- Mk.) und die Inlandmargarin zum Preise von 841.95 Mk. (im Falle der Zufuhr 842.05 Mk.) für den Zentner. Der Butterpreis ist der gleiche wie in der Vorwoche.
II. Verteilungsordnung.
Verbraucher: Abgabe der Marken unter I.

1. und 2. beim Butterkleinhändler bis Sonnabend, den 21. Februar. Weiter Abholungstag Montag, den 1. März 1920.
Kleinhändler: Bezugskartentnahme in der Bezugskasse, Markgrafenstr. 8, Montag, d. 23. Februar. Die Kleinhändler haben den Bedarf an Schweinefleisch auf dem allgemeinen grauen Briefschein und den Bedarf an Inlandmargarin auf dem roten Briefschein zu berechnen.
Abgabe der Fettbezugskarten Fa 14 und der Margarinebezugskarten M 65 nur bei den Buttergroßhändlern Montag, den 23. Februar.
Buttergroßhändler: Bezugskartenablieferung in der Bezugskasse Dienstag, den 24. Februar.
Auf die Sonderbuttermarken f r Kranke, die Buttermarken für Militärurlauber und Besuchsfremde und auf die Sonderbuttermarken mit dem Ausdruck "Besuch" ist die dr. aufgeteilt z. enge Inlandmargarin e od. r Butter ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für Militärurlauber und Besuchsfremde zu entnehmen.

III.
Die Kleinhändler haben für die Entnahme der Waren beim Großhändler geeignete Gefäße zu bringen, soweit sie nach den Bezugskarten Mengen zu erhalten haben, die nicht in vollen Gebinden geliefert werden können.
Leipzig, am 19. Februar 1920
Ern.-N. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Mehverkehr auf der Eisenbahn.

Die Ausgabestelle für Ex. reise und bes. schnelle Fahrt, die für die Zeit vom 20./2 bis 22./8. auf dem Eisenburger Bahnhof eingerichtet ist, ist unter Nummer 1769 an das Dreifernsprechung angeht offen.
Leipzig, den 20. Februar 1920.
Preussische Eisenbahn-Verkehrsamt.

Verkaufsstellen für Arankenweißbrot.

Mit der Herstellung und Abgabe von Arankenweißbrot wird vom 2. März 1920 an bis auf weiteres
Emil Schindl, L.-Lindenau, Karl-Heine-Str. 42, beauftragt.

In der Bäckerei von Otto Bauer, Pfaffenstraße 27, wird vom gleichen Zeitpunkt an Arankenweißbrot nicht mehr hergestellt und abgegeben.
Leipzig, am 19. Februar 1920.
Ern.-A. I. Der Rat der Stadt Leipzig.

Sonntagsgewerbeschule der Loge Baldwin zur Linde.

Alexanderstr. 35, II. 105. Schulfahr Karte für Metallarbeiter, Bauhandwerker und Angehörige des Kunstgewerbes, auch für ältere Personen, Kriegsbeschädigte usw. Unterrichtsfächer: Projektions-, Maschinen-, Bau-, Kunstgew. u. d. Zeichen, Maschinenlehre, Mathematik, Baukunde, Algebra, Zierschrift.

Hauptgewicht wird auf Ausbildung im Fachzeichnen gelegt.

Unterrichtszeit: Sonntags 8-12 Uhr. Beginn 11. April. Schulgeld: Halbjahr 10 Mark. Anmelden werden jeden Sonntag vormittag entgegengenommen.
Der Schulführer.

Sparkasse Paunsdorf.

Bahnhof Geschäftszeit: Bahnhof Montags bis Freitags 8-2 Uhr, Sonnabends 8-1 Uhr. Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent. Postcheckkonto Leipzig Nr. 41390. Bankkonto bei der Allg. Deutschen Credit-Anstalt, Leipzig. Girokonto Nr. 238 bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35. Fernsprecher 60367. Straßenbahn Linie 4. Stahlblechfächer. Kontrollmarken.

Entferne perditlich ohne Stechen, ohne Schneiden. Täglich 10 bis 6, Sonntag 10 bis 1. Mittwochs keine Sprechstunde. Cuxter, Reichenhainer Straße 137, I, Linie 15 und 18 bis Gut Thonberg.

Achtung, Ausflügler!

Das hochmod. **Gasthof Lindenthal** ist eröffnet. **Jeden Sonntag Ball.** **Goldne Krone, L.-Möckern.** Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 Uhr **Grosses Konzert u. Ball** angeführt von 30 Musikern des Nordvorstädtischen Orchestervereins zu Leipzig. Einlass 6 Uhr. - Konzertbeginn 7 Uhr. **Tombola. Grosse Überraschungen.** Eintritt 25 Pfg. Gaidereis 30 Pfg. Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Hiermit zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir das **„Restaurant Kanonenteich“** Friedrichstraße 29 wieder eröffnet haben und bitten um freundlichen Zuspruch **Wilhelm Millzar und Frau.**

Gastwirte und Vereine Billige Bezugsquelle in Karnevals-Artikeln Studentenmützen Dp. 2 Mk., Damenmützen Dp. v. 1.50 Mk. an Große Auswahl Bitte Auslieferung bei Festlicher 100 Stück 1 Mk. usw. Nur Spezial-Geschäft für Karnevals-Artikel **Emil Wagner, Dresdner Str. 20, I. Pantheon**

Photogr. Vergrößerungen in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung fertigt als Spezialität preiswert **Robert Proessdorf** Laden: **Bayersche Strasse 41.** Erste Auszeichnungen: Feinste Referenzen.

Gewindeschneiden

Ein prakt. Hilfsbuch f. Dreher mit vollständ. Tabellen für alle vorkommenden Drehbänke und Gewinde **Vierte Auflage von Müller und Freund Preis Mk. 5.00.** Jeder Dreher müsste im Besitze eines solch. Buches sein.

Leipzig. Buchdrucker A. G. Abteilung Buchhandlung Leipzig, Tannehaer Str. 19 21 Postcheckkonto Nr. 53 477. Die Anträge und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Turnverein Großschocher-Windorf.

Sonnabend, den 21. Februar **Familienabend im Gasthof Windorf.** Anfang 8 Uhr. Beginn der Aufführungen 8 Uhr. Freitag, d. 27. Februar, Versammlung. Bericht vom Bezirks-Turntag. Es ladet freundlichst ein Der Turnrat.

Fretrel. Gemeinde, Ortsgr. Markranstädt.

Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Turnhalle, Krafauer Straße, **Öffentliche Versammlung.** Vortrag des Genossen Birken: Gründe der Kirchenaustrittsbewegung. Einem recht zahlreichen Besuch der Markranstädter Einwohnerlichkeit steht entgegen **Die Ortsgruppe.**

Begräbnisverein zu L.-Stötteritz.

Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn **Heyne.** Stötteritz, Zudelfhäuser Straße **General-Versammlung** nach § 9 des Statuts. Eröffnung der Beiträge und Leistungen. Rathschließen und pünktlichen Besuch erwartet. **Die Verwaltung.**

Familien-Nachrichten

Statt Karton! **Trude Löttsch** **Barnet Licht** Verlobt. Leipzig, Februar 1920.

Allen lieben Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau **Johanne Schindler geb. Sander** an Lungenentzündung gestorben ist. L.-Kleinisch, Altmarkt, Str. 44, 20. Febr. 1920. Im Namen aller Hinterbliebenen **Der hochverehrte Gatte Karl Schindler** und Töchterchen Frieda. Beerdigung: Montag nachmittags 8 Uhr von der Kapelle des Friedhofes Kleinischocher.

Am 10. Januar verschied nach langer, schwerer Krankheit unsere Kollegin **Frl. Martha Weickert** und am 18. Februar unsere Kollegin **Frl. Gertrud Feilscher.** Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren. **Das Personal der Fa. E. A. Enders.**

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen. Nach langem, schwerem Leiden entließ nach einem arbeitsreichen Leben gestern abend 1/8 Uhr meine liebe Frau, unsere gute, treuerzorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Anna Marie Müller** geb. Kurth in ihrem 57. Lebensjahre. Dies geht in tiefstem Schmerz an Leipzig, Ceeburstr. 23, III.

Balthasar Müller im Namen aller Hinterbliebenen. Die Trauerfeier findet Sonnabend, d. 21. Febr., nachmittags 1/2 2 Uhr, in der Kapelle des Südrriedhofes statt.

Für die Teilnahme bei dem so frühen Hinscheiden unserer lieben Mutter, Tochter, Schwester, Schwieger-tochter, Schwägerin und Tante **Frau Gina Römisch verw. Reuler** geb. Preißche sagen wir unsern aufrichtigsten Dank. Besten Dank Herrn Warrer Lohse für seine trostreichen Worte sowie lieben Mitbewohnern und allen denen die ihren Sarg so reichlich mit Blumen schmückten. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan. L.-Kleinischocher, Ludaer Straße 8. **Die tieftrauernden Hinterbliebenen.**

Ortsverein Knautkleeberg, Knauthain, Hartmannsdorf und Umgegend.

Am 18. Februar verschied nach schwerem Leiden unter langjährigem Wiltstien, Genosse **Johann Oskar Zenker.** Ehre seinem Andenken! Der Vorstand. Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 1/2 8 Uhr, von der Kapelle des Südrriedhofes aus statt.

Dienstag früh verschied fern der Heimat, in Witzgeburg, an den Folgen der Grippe, meine liebe, einzige Tochter, die Konzertkassiererin **Elfriede Kunze.** In tiefstem Weh Der trauernde Vater **Wilhelm Kunze** Braustraße 23, I., r., nebst Hinterbliebenen Beerdigung: Montag 1/2 4 Uhr, Südrriedhofskapelle.

Danksagung.

Allen Genossen, Verwandten und Bekannten sowie lieben Hausgenossen herzlichsten Dank für die vielen, weite aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unserer innigstgeliebten Tochter, Schwester und Nichte **Hedwig.** Besonderen Dank Herrn Prediger Dr. Rippenberger für die trostreichen Worte, dem Personal der Fleischerei und Bäckerei, Aufsichtsrat und Vorstand des Konsumvereins L.-Plagwitz sowie dem Personal der Firma Gebr. Hermann für den reichen Blumenbesand und dem Männerchor Leipzig-Süd für den erhebenden Gesang. Dies alles hat unsern großen Schmerz gelindert. L.-Sonnwitz, 20. Februar 1920. **Familie Karl Preißner.**



Höhensonne Homöopathie • Kräftigerkuren Radium u. a. vielbewährte Heilmittel z. Individuell. Genandig. von **Rheuma Gicht Ischias Offenen Beinen Herz-, Nerven- u. Frauenleiden** Krankh. d. Atmungsorgane: chron. Katarrhe, Asthma etc. **Arterienverkalkung** Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-, Nieren- u. Blasenkrankh. **Spezial-Behandlg.** veralteter Leiden n. langjähr. erfolgreich. Praxis **Institut P. Schubert** LEIPZIG, Humboldtstr. 5. (Ecke Leipzigstr.-78th u. Hauptbahnhof) Sprechz.: 10-12 Uhr

Telephonisch können Anrufe nur in ganz außergewöhnlich dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch angegebener Anrufe leisten wir keine Garantie. Expedition d. Leipz. Volksztg.

Lichtspiele Alberthalle (Krystall-Palast)

Ab heute Freitag, 20. Februar **Sherlock-Holmes** in dem spannenden Filmschlager **Die rätselhafte Sphinx** 4 sensationelle Akte. **Versäumen Sie nicht, sich diesen hervorragenden Spielplan anzusehen.** Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Der blasse Albert oder **Der König der Taschendiebe** Detektiv-Kriminal-Tragödie in 5 Akten. **Mexikanische Rache** Original-Wildwestf.m. **Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.**

Der Jahrmakrt des Lebens.

Ein Roman ohne Helben von William Makepeace Thackeray.

„Ich wünschte, Sie könnten dies tun, meine teure Madame,“ erwiderte Rebekka in demselben trübseligen Tone. „Wirklich, wirklich, ich habe es sehr nötig.“

„Tragen Sie mich jetzt nicht,“ sagte Rebekka. „Sie werden bald alles erfahren. Ja das sollen Sie. Tenebris, geliebtes Fräulein Crawley, teure Freundin, darf ich so fragen?“

„Ja, das dürfen Sie, mein Kind!“ erwiderte die alte Dame sie lächelnd. „Ich kann es Ihnen jetzt nicht sagen!“ schluchzte Rebekka.

Und nun war sie allein, und konnte über die unerwarteten wunderbaren Ereignisse des Tages und das was geschehen war, und was hätte geschehen können, nachdenken.

Gut also; endlich gab sich Rebekka einem äußerst aufrichtigen und ruhrenden Kummer hin, das ihr ein so wunderbares Glück nahe und sie wirklich gezwungen gewesen war, es abzulehnen.

Was, fragte ich mich, kann diese Unvergleichlichkeit des Fräuleins Tooby zu bedeuten haben? Fräulein Tooby gab uns sogleich mit der Einfachheit, welche ihr ganzes Benehmen charakterisierte, selbst die Erklärung.

Wenn die bloße Möglichkeit, die Tochter eines Barons zu werden, einer Dame solche Ehrenbezeugungen in der Welt verschaffen kann, so mühen wir wohl auch den Schmerz einer jungen Dame achten, welche die Gelegenheit verpasst hat, die Frau eines Barons zu werden.

Rebeka war jedoch eine junge Dame von zu großer Entschlossenheit und Charakterenergie, um sich vielem nutzlosen und unangenehmen Kummer um die unwiederbringliche Vergangenheit hinzugeben.

Erstens war sie verheiratet. Dies war ein Hauptumstand, und Sir Pitt konnte ihn. Sie war nicht sowohl durch die Ueberraschung zu dem Geständnisse gedrängt worden, sondern hatte es infolge einer schnellen Berechnung gemacht.

„Teuerster Freund! Die große Art, welche wir so oft besprochen haben, ist gekommen. Die Hälfte meines Geheimnisses ist bekannt, und ich habe nachgedacht und nachgedacht, bis ich zu der vollkommenen Ueberzeugung gelangt bin, daß es jetzt an der Zeit ist das ganze Geheimnis zu enthüllen.“

Denke dir nur! Ich arme Kleine hätte Lady Crawley werden können; wie sich Frau Bute und ma Tante (meine Tante) gefreut haben würden, wenn ich den Vortritt vor ihnen erhalten hätte!

Ich werde morgen um 8 Uhr einen Spaziergang am gewöhnlichen Orte unternehmen; wenn mich Frau B. begleitet, so mußt du zu Tisch kommen, und eine Antwort bringen, und sie in den dritten Band der Predigten von Portius legen.

„An Fräulein Eliza Styles, bei Herrn Barnet, Sattler, Knights-Bridge.“

Ich will hoffen, daß jeder Leser dieser kleinen Erzählung so viel Einsicht hat, um zu begreifen, daß Fräulein Eliza Styles (wie Rebekka sagte, eine alte Schulkameradin, mit der sie seit Kurzem eine lebhaftere Korrespondenz eröffnet hatte, die diese Briefe vom Sattler holte, Sworen und eine großen geträufelten Schnurrbart trug, und in der Tat kein anderer Mensch war, als Kapitän Rawdon Crawley.

Kleine Chronik.

Altes Theater (Don Karlos). Herr Artur Tediak vom Deutschen Landestheater in Prag, der sein Gastspiel auf Anstellung als Ferkirand in Rabale und Lieke begonnen hatte, legte es im Don Karlos als Darsteller der Titelrolle fort.

Kongerte. Unter den Veranstaltern von Lieberabend den vordienen besonders Clairs-Hausen-Schultheß und Elena Gerhardt genannt zu werden.

Vorträge und anderes. Theodor Däubler, der in den Kammerpielen aus eignen Werken vorlas, entäußerte diesmal sehr seine halbe Stunde lang griechische Namen aufzählte, ohne ihnen Fleisch und Blut mitzugeben.

Arbeiter-Bildungs-Ausschuh Markranstädt. Das Nachbarstädtchen Markranstädt hat eine politisch sehr rege und aufgeschaltete Arbeiterchaft; die Anteilnahme der Arbeiterführer bei der Aufführung der Weber letzte davon Zeugnis ab.

„Bisherigen Leistungen, diese Erziehung auf das Beste zu leiten. Die Volkshöhne der Provinz, die ihm zur Verfügung steht, enthält nur wenig Kräfte, die imstande sind, Charaktere geordnet und ausgeprägt zu bilden.“

Städtische Theater. Sonnabend gastiert Mariame Kupfer vom Stadttheater in Ruffia in Ludwig Kraldas Lustspiel Zuzend freunde als Liebesh Verlach auf Instellung.

Schauspielhaus. Das Mitglied des Schauspielhauses Karl Walden, der unter dem Schriftstellernamen Karl Fischer weiteren Kreisen bekannt ist, hat ein Drama Das Erbe vollendet.

Volkshöhne. Am Sonntag findet die letzte öffentliche Aufführung von Dantons Tod zu gewöhnlichen Preisen statt. An den Westagen, in der Zeit vom 27. Februar bis inkl. 6. März, sind die Preise erhöht.

Arbeiterbildungsinstitut. Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, im Alten Theater: Feler zum Gedächtnis Kurt Eisners. Karl Wiltshagen, Mitglied der Städtischen Theater, trägt auf dessen Werken vor.

Notize in der Thomaskirche. Orgel: M. Meyer; Op. 33 Orgelsonate F. H. Woll. Pianoforte, Intermezzo, Paganini. Vorgesungen von Herrn Günther Ramin.

Helen Keller, die taubstumme und blinde Amerikanerin, verstarbt, nach einer Mitteilung der Verlagshaus Roder Buch in Stuttgart, für alle Zeiten auf alle ihre Einkünfte aus der deutschen Ausgabe ihrer Schriften zugunsten der deutschen Kriegsblinden, -tauben und -stummten.

Der Simplicityismus ist nach einer Mitteilung in Stefan Großmanns neuer Zeitschrift Das Tage-Buch verkauft worden an Hugo Stinnes.

Eingelautene Schriften.

Die neue Nummer der Freien Welt. Die Nr. 7 der Freien Welt enthält eine besonders große Anzahl interessanter aktueller Bilder vom Tage.

Alexander Fraenkel, Ueber die Heilbarkeit der Krebskrankheit. Verlag von Braumüller, Wien 8/1. Preis 2 Mk.

Zschiffert, Der Friede von Versailles. Preis 60 Pfg. Bela Kun, Was wollen die Kommunisten? Preis 80 Pfg.

Grundbegriffe der Politik. Heft 1: Dr. M. R. Koch, M. Kleines politisches Wörterbuch. Preis 1.50 Mk.

Dr. A. Kieck, Der Vertriebsrat. Wegweiser durch das Vertriebsratgesetz. Zentralverlag, Berlin NW. 6. Preis 1 Mk.

Franz Seib, Revolutionspädagogik. Verlag von Friedrich Korn, Nürnberg. Preis 3.50 Mk.

Sandbuch der Revolution in Deutschland 1918-1919. Chronologische Darstellung der Vorgänge unter besonderer Berücksichtigung der Bewegung in Berlin und der Tätigkeit der Revolutionskörperchaften vom Vorabend der Revolution bis Mai 1919.

Grundbegriffe der Politik. Heft 2: Dr. M. R. Koch, M. Kleines politisches Wörterbuch. Preis 1.50 Mk.

Dr. A. Kieck, Was wollen die Kommunisten? Preis 80 Pfg. Bela Kun, Was wollen die Kommunisten? Preis 80 Pfg.

Dr. A. Kieck, Der Vertriebsrat. Wegweiser durch das Vertriebsratgesetz. Zentralverlag, Berlin NW. 6. Preis 1 Mk.

Franz Seib, Revolutionspädagogik. Verlag von Friedrich Korn, Nürnberg. Preis 3.50 Mk.

Sandbuch der Revolution in Deutschland 1918-1919. Chronologische Darstellung der Vorgänge unter besonderer Berücksichtigung der Bewegung in Berlin und der Tätigkeit der Revolutionskörperchaften vom Vorabend der Revolution bis Mai 1919.

Grundbegriffe der Politik. Heft 1: Dr. M. R. Koch, M. Kleines politisches Wörterbuch. Preis 1.50 Mk.

Dr. A. Kieck, Der Vertriebsrat. Wegweiser durch das Vertriebsratgesetz. Zentralverlag, Berlin NW. 6. Preis 1 Mk.

Franz Seib, Revolutionspädagogik. Verlag von Friedrich Korn, Nürnberg. Preis 3.50 Mk.

Der sehr rührige Arbeiter-Bildungs-Ausschuh verspricht durch seine

Der Prozeß Erzberger — Heflerich.

In Abwesenheit Erzbergers wurde zunächst über den „Inzidenzfall“ verhandelt. Inzidenz ist ein Mittel gegen Beschuldigungen, das von den sächsischen Gewerkschaften hergeleitet wurde. Erzberger war nach der Darstellung seines Verteidigers mit 6000 Mk. im Jahre 1917 an dem Werk finanziell beteiligt. Trotzdem wird ihm der Vorwurf gemacht, daß er sich persönliche Vorteile wegen dafür verwandt hat, daß den Werken der Reichsregierung die Zusage gemacht wurde, daß er sich persönlich für die Werke einsetzen würde. Weiter wurde der Fall des Reichsrats Dombrowski vom Berliner Tageblatt erörtert, der in einem Artikel Heflerich vorwerfen sollte, daß unter seiner Leitung der Deutsch-Jüdischer Anstalt ein Verzeichnis der Reichsregierung erstellt worden sei. Der Vertrag mußte später mit hohen Kosten für das Reich abgelehnt werden. Reichsrat Dombrowski lehnt es unter Perinon auf das Reichsministerium ab. Die Quelle, aus der er das Material zu einem Artikel erhalten habe, zu nennen. Minister Erzberger habe ihm den Artikel nicht gegeben. Durch die Vernehmung des Presschefs im Reichsministerium und des Geheimrats Kemmer erweist sich, daß das Material des Artikels diesen amtlichen Stellen weitergegeben worden ist.

Als am Montag Erzberger nach dem Antrag zum ersten Male wieder vor Gericht erschien, waren allerdings Zuhörer und Berichterstatter anwesend. Die Verhandlungen wurden streng durchgeführt. Aber, der den Verhandlungsraum betreten wollte, wurde noch Wachen unterstellt.

Erzberger wird zunächst als Zeuge über die Inzidenz-Angelegenheit vernommen, wobei er im wesentlichen die bereits von seinem Anwalt angegebene Darstellung wiederholt. Aus dem verlesenen Protokoll der Reichsregierung geht hervor, daß Erzberger als Reichsminister über den Ministerialrat den Vertreter des Reichsministeriums aufgefordert hatte, für eine Verwirklichung von Zement-Präparaten Sorge zu tragen und eventuell Zementgesellschaften die solche Präparate in größeren Mengen bereitstellen wollten, zu unterstützen. Der Vertreter des Reichsministeriums schützte damals den Inzidenzfall ab, was den Abn. Erzberger zu dem Einwand veranlaßte, daß das für die Millionen der Reichsregierung die 25000 Mk. Inzidenz keine Rolle spielen würden. Der Reichstag würde diesen Ausgaben sicher zustimmen. — Heflerich: Ob es möglich ist, die Kosten der Reichsregierung nur Ausgaben zu verzeichnen kann, die von der Regierung verlangt werden. Es ist nicht die richtige Form, die Regierung zu einer Ausgabe zu verpflichten, sondern das Reichsministerium die Kosten zu decken, indem es die Reichsregierung an der Ausführung der Ausgaben hindert. — Erzberger: Die Kosten können schließlich durch den Reichsminister gedeckt werden. Ich kann nur erklären, daß es sehr bedauerlich war, daß die Reichsregierung meine Anträge nicht erledigt ist. — Zeuge: Reichsminister war Reichsminister der Reichsregierung. Er erklärt, daß die Gesellschaft außerordentliches Vertrauen zu Erzberger hatte und daß dieser sich heraus insolventia verlor hätte.

Es wird sodann der Fall Heflerich an die Reihe gebracht. Die Vernehmung der Reichsminister Perinon des Reichsministeriums führt zu bestimmten Ergebnissen. Heflerich wird nicht für bestimmte Leistungen entschädigt werden sollte, sondern für seine Leistungen. Die Leistungen von Erzberger ohne Entschädigung geleistet werden. Ich habe jedoch das Recht, mich zu wehren, da Erzberger einen solchen Anspruch annehmen, daß Erzberger eine bestimmte Entschädigung von 40000 Mk. für seine Leistungen erhalten sollte. — Heflerich: Ich habe die Reichsregierung gegenüber von allen Erfahrungen mit Herrn Erzberger beim Reichsministerium anfragen zu haben. Er habe nur allgemein Erzbergers Tätigkeit gelobt.

Zeuge Dr. Reichardt ist Geschäftsführer des Betriebs deutscher Eisen- und Stahlwerke. Er hielt die Propaganda über das Preisverbot im Frühjahr 1917 für die Erzberger ein Programm aufgestellt hatte. Er verurteilt anerkennend. Der Zeuge wird aber auch, daß Erzberger auch von einem Austausch des deutschen Gebiets von Ober- und Ostpreußen getrieben habe.

Neue Unternehmungen in der Zeit der Reichsregierung. Erzberger erklärte, daß die Reichsregierung die Reichsregierung nicht für bestimmte Leistungen entschädigt werden sollte, sondern für seine Leistungen. Die Leistungen von Erzberger ohne Entschädigung geleistet werden. Ich habe jedoch das Recht, mich zu wehren, da Erzberger einen solchen Anspruch annehmen, daß Erzberger eine bestimmte Entschädigung von 40000 Mk. für seine Leistungen erhalten sollte. — Heflerich: Ich habe die Reichsregierung gegenüber von allen Erfahrungen mit Herrn Erzberger beim Reichsministerium anfragen zu haben. Er habe nur allgemein Erzbergers Tätigkeit gelobt.

Neue Unternehmungen in der Zeit der Reichsregierung. Erzberger erklärte, daß die Reichsregierung die Reichsregierung nicht für bestimmte Leistungen entschädigt werden sollte, sondern für seine Leistungen. Die Leistungen von Erzberger ohne Entschädigung geleistet werden. Ich habe jedoch das Recht, mich zu wehren, da Erzberger einen solchen Anspruch annehmen, daß Erzberger eine bestimmte Entschädigung von 40000 Mk. für seine Leistungen erhalten sollte. — Heflerich: Ich habe die Reichsregierung gegenüber von allen Erfahrungen mit Herrn Erzberger beim Reichsministerium anfragen zu haben. Er habe nur allgemein Erzbergers Tätigkeit gelobt.

Neue Unternehmungen in der Zeit der Reichsregierung. Erzberger erklärte, daß die Reichsregierung die Reichsregierung nicht für bestimmte Leistungen entschädigt werden sollte, sondern für seine Leistungen. Die Leistungen von Erzberger ohne Entschädigung geleistet werden. Ich habe jedoch das Recht, mich zu wehren, da Erzberger einen solchen Anspruch annehmen, daß Erzberger eine bestimmte Entschädigung von 40000 Mk. für seine Leistungen erhalten sollte. — Heflerich: Ich habe die Reichsregierung gegenüber von allen Erfahrungen mit Herrn Erzberger beim Reichsministerium anfragen zu haben. Er habe nur allgemein Erzbergers Tätigkeit gelobt.

Neue Unternehmungen in der Zeit der Reichsregierung. Erzberger erklärte, daß die Reichsregierung die Reichsregierung nicht für bestimmte Leistungen entschädigt werden sollte, sondern für seine Leistungen. Die Leistungen von Erzberger ohne Entschädigung geleistet werden. Ich habe jedoch das Recht, mich zu wehren, da Erzberger einen solchen Anspruch annehmen, daß Erzberger eine bestimmte Entschädigung von 40000 Mk. für seine Leistungen erhalten sollte. — Heflerich: Ich habe die Reichsregierung gegenüber von allen Erfahrungen mit Herrn Erzberger beim Reichsministerium anfragen zu haben. Er habe nur allgemein Erzbergers Tätigkeit gelobt.

Neue Unternehmungen in der Zeit der Reichsregierung. Erzberger erklärte, daß die Reichsregierung die Reichsregierung nicht für bestimmte Leistungen entschädigt werden sollte, sondern für seine Leistungen. Die Leistungen von Erzberger ohne Entschädigung geleistet werden. Ich habe jedoch das Recht, mich zu wehren, da Erzberger einen solchen Anspruch annehmen, daß Erzberger eine bestimmte Entschädigung von 40000 Mk. für seine Leistungen erhalten sollte. — Heflerich: Ich habe die Reichsregierung gegenüber von allen Erfahrungen mit Herrn Erzberger beim Reichsministerium anfragen zu haben. Er habe nur allgemein Erzbergers Tätigkeit gelobt.

Neue Unternehmungen in der Zeit der Reichsregierung. Erzberger erklärte, daß die Reichsregierung die Reichsregierung nicht für bestimmte Leistungen entschädigt werden sollte, sondern für seine Leistungen. Die Leistungen von Erzberger ohne Entschädigung geleistet werden. Ich habe jedoch das Recht, mich zu wehren, da Erzberger einen solchen Anspruch annehmen, daß Erzberger eine bestimmte Entschädigung von 40000 Mk. für seine Leistungen erhalten sollte. — Heflerich: Ich habe die Reichsregierung gegenüber von allen Erfahrungen mit Herrn Erzberger beim Reichsministerium anfragen zu haben. Er habe nur allgemein Erzbergers Tätigkeit gelobt.

über das Reichsministerium. Er hat sie gegen das Urteil aller Sachverständigen eingebracht, weil die Deutsche Bank an den betreffenden Reichsministern stark interessiert war. Man könnte dieses Verhalten mit noch viel schärferen Worten bezeichnen, als es der Angeklagte mir gegenüber tut.

Heflerich weist den Vorwurf, den Erzberger aus seinem Verhalten herleitet, mit größter Entschiedenheit zurück. Seine Beziehungen zur Deutschen Bank seien in der Öffentlichkeit ganz allgemein bekannt gewesen. Das sei doch etwas anderes, als wenn der Kläger als Friedensrichter in dem Streit des Fiskus mit einer Firma austräte, für deren Aufsichtsratsposten er in Aussicht genommen war, was der Öffentlichkeit und auch der Gegenwart nicht bekannt war. Die Ausrechnung der Dienstzeit sei eine allgemeine übliche Praxis; das gleiche Verfahren sei auch bei Dornburg angewandt worden. Seinen Posten als Direktor der Anatolischen Bahn habe er auf ausdrücklichen Wunsch des damaligen Reichsministers, des Fürsten Milow, angetreten. — Direktor im Reichsamt des Innern R a n y, damaliger Präsident des Reichsamt, steht auf dem Standpunkt, daß ein Abgeordneter in so bedeutender Stellung wie Erzberger eigentlich nicht Schlichter in einem Prozeß gegen den Fiskus sein dürfte. Er habe auch verstanden, die Ablehnung Erzbergers als Schlichter zu erreichen, weil Erzberger als Abgeordneter eigentlich nicht unparteiisch sein konnte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Tätigkeit Erzbergers als Schlichter für das Reich ungünstig war, erklärt der Zeuge, daß nach dem letzten Schlichteramt ihm der bearbeitete Rechenrat gesagt habe: wir hatten doch recht, daß Erzberger für den Fiskus ein günstiger Schlichter ist.

Kommerzienrat Berger befandet als Zeuge, daß er den Abgeordneten Erzberger als Schlichter erwählt habe, weil Erzberger bereits vorher in verschiedenen Prozessen gegen das Reichsamt als Schlichter gearbeitet habe und der Abgeordnete deshalb von dem Syndikus der Eisenbauvereine vorgeschlagen wurde. Erzberger sei besonders gut mit der Sache vertraut gewesen. — Reichsanwalt Dr. H e b e r g stellt fest, daß der Zeuge in der Voruntersuchung gesagt habe, daß mit Erzberger von einem Eisenbauunternehmer als Schlichter gute Erfahrungen gemacht worden seien, da er auch den Behörden gegenüber über das nötige Maßmaß verhalte. Die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge die Empfehlung selbst habe, daß Erzberger besonders auf der Seite der Eisenbauunternehmer stehe, verneint der Zeuge. In der Frage, weshalb Erzberger in den Aufsichtsrat der Firma Berger, Eisenbau-A.G. gewählt wurde, erklärt der Zeuge, daß er 1915 gewählt hätte, daß Erzberger in den Aufsichtsrat des Hüttenkonzerns eintraten sei. Es habe seiner Firma daran gelegen, auch mit der weltlichen Industrie in gute Beziehungen zu treten. Deshalb habe er den Abgeordneten Erzberger vorgeschlagen, ob er in den Aufsichtsrat seines Unternehmens eintreten wolle. Erzberger erklärte sich bereit und stellte nur die einzige Bedingung, daß Hütten damit einverstanden sein müsse. Die Unternehmung habe lange vor der Wahl Erzbergers zum Aufsichtsratsmitglied stattgefunden. — Heflerich richtet an den Zeugen die Frage, was er sich dabei habe, als er dem Abgeordneten Erzberger, der in seinem Prozeß als Schlichter fungierte, den Aufsichtsratsposten anbot. Der Zeuge erwidert: Gar nichts! (Großes Gelächter im Gerichtssaal, die vom Vorsitzenden perlat wird.) Als Vernehmung für seine schlichterliche Tätigkeit hat an Erzberger zusammen 12000 Mk. gezahlt worden. Diese Summe wurde jedoch für das ganze Schlichteramt gezahlt, nicht nur für Herrn Erzberger selbst. Als Aufsichtsratsmitglied habe Erzberger 1917 22500 Mk. Entlohnung erhalten, 1918 10 070,00 Mk. Für besondere Verdienste erhielt er außerdem im Jahre 1918 5000 Mk. Die schlichterliche Tätigkeit Erzbergers für seine Firma habe mit dessen Reichsamt aus dem Aufsichtsrat nach der Ernennung zum Staatssekretär aufhört. Von einem Mitglieds Erzbergers weiß der Zeuge nichts. Auf die Frage, ob es richtig sei, daß die Schriftsätze in der Angelegenheit des Reichsamt von Erzberger angefertigt wurden, ob dem Abgeordneten und Schlichter Erzberger vorher in seinem Bureau vorgelesen wurden, erwidert der Zeuge mit größter Bestimmtheit: Nein. Er behauptet gegenüber dem Angeklagten und dem Verteidiger, daß Erzberger keineswegs einfließen Schriftsätze für die Firma erwirkt habe. Er sei auch erst in der Aufsichtsratsperiode berufen worden als er nicht mehr als Schlichter tätig gewesen sei. Herr Berger muß aber schließlich zugeben, daß die Vernehmung Erzbergers in den Aufsichtsrat schon zu einer Zeit stattfand, als Erzberger das Schlichteramt noch inne hatte.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

Der Rechenrat des Reichsamt war bei der Firma Berger als Geschäftsführer tätig. Er behauptet, daß Herr Berger mit Erzberger darüber verhandelt und ihn mündlich über das schlichterliche Verfahren informiert habe. Am Herbst 1916 sei bekannt geworden, daß Erzberger in den Aufsichtsrat gewählt werden sollte. Die höheren Beamten seien damit nicht zufrieden gewesen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn Erzberger Schlichter geblieben wäre. Aus welchen Gründen dieser Wunsch geäußert wurde, erwidert er nicht. Zeuge: Wir hatten bei den Reichsamt ein großes Interesse an Erzberger. Da hielten wir es für zweckmäßig, einen Schlichter zu haben, der den Beamten des Reichsamt gegenüber mit mehr Autorität auftreten konnte, und ein solcher Mann war der Abgeordnete Erzberger. — Oberstaatsanwalt R a u s e: Waren Sie mit den Schlichterprüfungen zufrieden? Herr Berger war das nicht. — Zeuge: Wir waren sehr zufrieden, besonders im Vergleich zu dem anderen Schlichterprüfungen waren die Schlichterprüfungen, die unter Mitwirkung des Herrn Erzberger stattfanden, für uns weit günstiger.

von den Heeresausstragen angeschlossen werden sei. Später sei die Firma wieder zugelassen worden. Dann fuhr er fort: Ich erinnere mich dieser Sache auch nur, weil ich 1918 durch ein Schreiben des Kriegsministers Scheuch, das ich am 16. März erhielt, an die Sache erinnert worden bin. In diesem Schreiben des Kriegsministers wurde betont, daß eine Messe von Persönlichkeiten, die sich um die Eisenbahnwesen verdient gemacht hätten, befristet werden sollten vor allem Kommerzienrat Berger. (Lachen im Gerichtssaal.) Er muß bereits im Jahre 1916 ein Einfluß des Kriegsministeriums stattgefunden haben. Im März 1918 kam dann ein zweites Schreiben mit der Bitte, Kommerzienrat Berger zu befragen. Dieses Schreiben des Generals Scheuch lag ein Schreiben Erzbergers bei.

Erzberger: Meine Empfehlung ist durchaus nicht so ungewöhnlich. Man ist aus verschiedenen Kreisen der Industrie an mich herangekommen mit dem Ersuchen, hervorragenden Vertretern der Eisenbahnwesen zu verhandeln. So zum Beispiel sollte ich diese Auszeichnung für Kommerzienrat Guggenheim und für Herr Straßmann erwirken.

Auf eine Frage des Verteidigers, wessen Einfluß es bewirkt habe, daß die Firma Berger zu den Beauftragungen wieder zugelassen worden sei, antwortete der Zeuge: Das ist nicht ohne weiteres festzustellen. Aber durch die beiden Schreiben, die ich in der Ordensangelegenheit vom Kriegsministerium erhielt, ist mir gewissermaßen in Licht aufgegangen. Ich habe keinen Beweis, wohl aber die Empfindung, daß es Herrn Erzbergers Einfluß gewesen ist.

Weber das Verhalten Erzbergers in der Budgetkommission wurde dann noch der Ministerialdirektor von Franke erörtert. Auch er befandet, daß er Erzbergers Schlichterliche Tätigkeit nicht für unstatthaft gehalten habe. Erzberger sei zu der Zeit als die Budgetkommission saate, in drei Fällen Schlichter gewesen. Diese Behauptung führte wieder zu folgendem Aufkommen Erzberger: Ich war vorher niemals Schlichter gegen das Reichsamt. — Dr. Heflerich: Darf ich die Frage an den Herrn Zeugen Erzberger richten, ob er sich aus dem Schlichteramt ein solches Geschäft gemacht hat, daß er sich an die einzelnen Fälle nicht erinnern kann? — Erzberger (mit erregter Stimme): Diese Frage verbitte ich mir! — Heflerich: Sie haben sich mir gegenüber nicht zu verhalten! — Erzberger: Doch!

Die weitere Verhandlung brachte keine neuen Tatsachen über diese Angelegenheit zutage. Dagegen wurden am folgenden Tage zwei andre Gesichte Erzbergers sehr ausführlich besprochen. Der Anwalt R o w a k s k i hatte ein Verfahren erfinden, um Kaffeeputz auf Sprengstoff zu verwenden. Durch Vermittlung des Patentsimonis kam der Erfinder mit Herrn Erzberger zusammen, bei dem er mit Thünen und dem Fabrikbesitzer D a l d u s, einem Parteigenossen von Erzberger und dem Erfinder, ein Konsortium zur Ausbeutung des Verfahrens bildete. Erzberger beteiligte sich daran mit 20000 Mk. Daldus gab ihm 18000 Mk. dazu, dafür sollte Erzberger mit 10 Prozent Gewinn beteiligt werden. Kurze Zeit darauf fand eine neue Erfindung derselben Art auf, das Marktverfahren. Da das Konsortium Konkurrenzunfähigkeit befürchtete und einen Prozeß vermeiden wollte, wurde eine Fusion herbeigeführt und eine gemeinsame „Sprengstoff-G. m. b. H.“ gegründet. Nach einem Monat trat Erzberger aus, seine Anteile trat er an R o w a k s k i für 20000 Mk. ab.

Heflerich macht Erzberger sein Vorwurf, daß dieser sich unter Hervorhebung seiner Eigenart als Mitglied des Reichstags und unter Verheimlichung seiner finanziellen Interessenheit bei der Prüfungskommission für Sprengmittel mit großem Nachdruck für ein noch nicht fertigtes Kaffeeputz-Verfahren eingesetzt habe. Von den Verfahreninteressenten habe Erzberger für die Übernahmung des Verfahrens 5 Millionen Mark verlangt, an denen er mit einem Viertel beteiligt gewesen wäre. Der Ministerialdirektor Dr. R e u h o l d als Zeuge verliest einen Brief Erzbergers vom 9. Februar 1918 an den Geheimrat K o l e n s k i im Handelsministerium in dem auf die Nachteile des Marktverfahrens hingewiesen wird. Er behauptet, daß das Kaffeeputz-Verfahren noch nach Jahren nicht ausprobiert gewesen sei. Ein Kaufmann des Reichsamt von D a l d u s war hauernd reklamiert, um auf der Besse „Deutscher Kaiser“ in Hannover einen neuen Motor auszuprobieren, der das Mittel schlagwetterfester machen sollte.

Erzberger als Zeuge sagt, daß er sich schon im Jahre 1917 für die Erfindung des Kaffeeputz interessiert habe. 1912 habe er sich dann auf Wunsch des Erfinders mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt. Als Erzberger wiederholt sagt, daß er sich nicht an alle diese Vorgänge im einzelnen erinnern könne, wird ihm von Heflerich die Bitte zum Vorwurf gemacht, daß ihm sein Gedächtnis unzuverlässig sei. In allen wichtigen Punkten im Schilde lassen Thünen, so sagt Erzberger weiter, habe sich für die Sache interessiert und Verordnungen gemacht, beteiligt sei er nicht dabei gewesen. Hier ruft Heflerich boamtisch, daß er das nicht länger ruhig an hören könne. Ihm sei bekannt, daß sich Thünen bereits 1914 an dem Unternehmen mit 25 Prozent beteiligt habe. Als Erzberger darauf erwidert, daß er im Augenblick keine bestimmte Antwort über den Termin geben könne, kommt es wieder zu einer scharfen Auseinandersetzung. Heflerich beantragt die nochmalige Vernehmung des Generaldirektors R a c o b und Thünen. Weiter bemerkt er, die Glaubwürdigkeit eines Zeugen spielt in jedem Prozeß eine gewisse Rolle. Bei der Verhandlung des Falles Thünen haben man von dem Nebenkläger gehört, daß seine Beziehungen zu Thünen vor seinem Eintritt in den Aufsichtsrat rein platonischer Natur gewesen sind. Wenn jetzt festgestellt werde, daß diese Beziehungen unrichtig gewesen sind, so sei das für die Aussage des Herrn Erzberger in den genannten Verhandlungen von ausschlaggebender Bedeutung. — Erzberger er bemerkt: Ich habe über diesen, von den Angeklagten behandelten Punkt keine Aussage gemacht, weil der Herr Vorsitzende ja selbst gesagt hat, wir würden später noch darauf zurückkommen. Schließlich gibt Erzberger die Möglichkeit zu, daß er von der staatlichen Bergwerksinspektion eine Lizenz erhalten hat, und zwar einen Pannin pro Tonne, gefordert habe Reichsanwalt H e b e r g und H e f l e r i c h selbst halten nun Erzberger vor, daß in seinem Bureau der Budgeter Strahe einen Bergbau-Bericht in Offen eine Offerte berichtet worden sei, wonach er eine Eigenanbahn von einem Pannin pro Tonne oder eine Abfindung in Höhe von 5 Millionen Mark, zahlbar in vier Jahresraten, verlangt habe, wovon das Mittel noch nicht einmal schlagwetterfester war. Erzberger gibt zu, daß eine solche Offerte abgegeben worden ist; nach seinen jahrelangen Arbeiten habe er ein Interesse an dem Verdienst gehabt, und zwar sowohl für die Abgabe als für seine Gesellschaft und auch für sich. Die weitere Auseinandersetzung ergibt, daß Erzberger außer den 300000 Mk. die er für seine Anteile erhalten habe, nichts aus dem Unternehmen erzielt hat. Er selbst hatte im ganzen 2200 Mk. eingezahlt. Weiter wird festgestellt, daß das Patent dieses Sprengstoff-Verfahrens während des Krieges für 900 000 Mk. nach Schweden verkauft worden ist. Erzberger behauptet, daß er schon aus der Gesellschaft ausgeschieden war, als der Verkauf erfolgte. Werkwirtschaft ist jedoch, daß die Vollmacht dazu in seinem Bureau Budapest Straße 14 ausgestellt worden ist. — Erzberger sagt dazu, daß er damals Vizepräsident der Bergbau-Verhandlungen ausgeübt habe. Man erwähnt schließlich noch, daß das Patent während des Krieges auch nach England verkauft werden sollte. Das Geschäft hat sich jedoch erledigt. — Durch weitere, sonst bedeutungslose Zeugnisaussagen wird bestätigt, daß Erzberger tatsächlich aus der Gesellschaft ausgeschieden war, als der Verkauf nach Schweden erfolgte.

Dann beschäftigt man sich mit der Beteiligung Erzbergers an der Inhabhaber-Gesellschaft des Kommerzienrats R a d s b e r g. Es handelt sich dabei um die Imprämierung von Leber, um es haltbarer zu machen. Heflerich behauptet, daß Erzberger die Verbindungen dieser Fabrik mit dem Kriegsministerium herstellte, und es sei ihm gelungen, Millionenmarken für die Firma während des Krieges zu erlangen. Er habe dabei verschwiegen, daß er finanziell an dem Unternehmen beteiligt war. Erzberger habe auch dafür 99

Dann beschäftigt man sich mit der Beteiligung Erzbergers an der Inhabhaber-Gesellschaft des Kommerzienrats R a d s b e r g. Es handelt sich dabei um die Imprämierung von Leber, um es haltbarer zu machen. Heflerich behauptet, daß Erzberger die Verbindungen dieser Fabrik mit dem Kriegsministerium herstellte, und es sei ihm gelungen, Millionenmarken für die Firma während des Krieges zu erlangen. Er habe dabei verschwiegen, daß er finanziell an dem Unternehmen beteiligt war. Erzberger habe auch dafür 99

Dann beschäftigt man sich mit der Beteiligung Erzbergers an der Inhabhaber-Gesellschaft des Kommerzienrats R a d s b e r g. Es handelt sich dabei um die Imprämierung von Leber, um es haltbarer zu machen. Heflerich behauptet, daß Erzberger die Verbindungen dieser Fabrik mit dem Kriegsministerium herstellte, und es sei ihm gelungen, Millionenmarken für die Firma während des Krieges zu erlangen. Er habe dabei verschwiegen, daß er finanziell an dem Unternehmen beteiligt war. Erzberger habe auch dafür 99

Dann beschäftigt man sich mit der Beteiligung Erzbergers an der Inhabhaber-Gesellschaft des Kommerzienrats R a d s b e r g. Es handelt sich dabei um die Imprämierung von Leber, um es haltbarer zu machen. Heflerich behauptet, daß Erzberger die Verbindungen dieser Fabrik mit dem Kriegsministerium herstellte, und es sei ihm gelungen, Millionenmarken für die Firma während des Krieges zu erlangen. Er habe dabei verschwiegen, daß er finanziell an dem Unternehmen beteiligt war. Erzberger habe auch dafür 99

folgt, daß der Kommerzienrat Meißner, der eigentlich Textil-industrieller ist, Vorsitzender der Arbeiter-Vereinsvereine war. In der er selbst als parlamentarischer Mitglied tätig war. Seine Ausführungen über diesen Punkt schließt Völscher folgen-dermaßen: „Ich habe noch ein Wort hinzuzufügen, um verständlich zu machen, aus welchen Gründen heraus ich den Kampf gegen diese Art der parlamentarischen Korruption führe. Der Nebenkläger hat hier deutlich davon zu verstehen, daß er wegen der Tüppelstrich-Angewandtheit des Ausschusses des Ministers v. Völscher erzwungen habe. Ich kenne die Angelegenheit genau. Auf Völscher fällt kein Mafel. Aber der Kaiser hat damals erklärt: „Auf meine Minister darf in solchen Sachen nicht der Schatten eines, sei es selbst unbedeutenden, Verdachtes fallen. Völscher muß gehen, so fern ich ihm mag und so große Stücke ich auf ihn halte.“ Unter dem neuen Namen aber ist in Deutschland heute möglich, was in seinem andern Auslande denkbar wäre, daß nämlich ein Mann, gegen den alles das vorliegt, was Herr Erzberger in diesem Prozeß gegen sich selbst hat zugehen müssen, noch als amtierender Minister im Reichstag erkranken kann.“ (Große Bewegung.)

Erzberger antwortet: „In keinem andern Kulturland ist es wohl möglich, daß ein früherer Minister in seinen Angriffen gegen einen andern Minister so tief sinkt. In Holland zum Beispiel sind Abgeordnete und Minister ganz offen an Geschäften beteiligt.“ — Weiter sagt Erzberger aus, daß er Meißner als ausgezeichneten Geschäftsmann kenne, der viele glänzende Anregungen für die Arbeitervereine gegeben habe. Auf dessen Veranlassung habe er dem Reichsminister seinen ganzen Einfluß für die Schaffung von Arbeitervereinen eingesetzt. Zur Verwertung der Arbeitervereine habe Meißner eine Arbeitervereinsgesellschaft gebildet, von der Erzberger 10 Aktien zum nominalen Kurs nahm. Als Aktionäre sei Erzberger in die Arbeitervereine- und Arbeitervereinsgesellschaft eingetreten. Von einer Verwertung der Meißnerschen Fabrik durch die militärischen Stellen sei ihm nichts bekannt.

Es kommt wieder zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Völscher und Erzberger, wobei Erzberger sagt, daß die Abgeordneten, die als Kontrolleure in die Arbeitervereinsgesellschaften gewählt wurden, mehr Dekorationen erhalten hätten. In der Budgetkommission hat Erzberger von seiner Beteiligung an der Meißnerschen Fabrik nichts mitgeteilt. Daß er Meißner zum Vorsitzenden der Arbeitervereinsgesellschaft vorgeschlagen hat, muß Erzberger zu-geben. Völscher behauptet, daß Erzberger 110 000 Mk. bei dem Geschäft verdient habe, was Erzberger nicht bestritt. Er will nichts davon wissen, daß die Meißnersche Fabrik bei der Zuteilung von Leber bevorzugt worden sei.

Generalleutnant von Duen, Chef des Armeeverwaltungsdirektoriums im Reichsministerium, sagt aus, daß er das Reichs-Departement mit allen Mitteln gefördert habe. Erzberger habe einmal mit ihm darüber gesprochen, aber nichts davon erwähnt, daß er bei der Fabrik beteiligt sei. Völscher meint dann eine Offizier von Erzberger, durch die das Verfahren nach Norwegen verkauft werden sollte. General Duen meint, daß er niemals seine Ge-heimnisse hierin preisgeben würde. Erzberger behauptet, daß das zündende Generalkommando dem Verkauf zugestimmt habe. Auf die Kränken Völscher, ob seine Reisen ins Ausland etwa mit diesem Verkauf, bin er als Minister vermittelt hat, zusammenhängen, be-kräftigt Erzberger das Letztere. Er sei auf seinen Auslandsreisen nie geschäftlich tätig gewesen. Zum Schluß der Sitzung kommt dann noch zur Sprache, daß ein Norweger, namens Hans, von der Arbeitervereinsgesellschaft einen Post erhalten habe, worin be-zeichnet war, daß er Mitglied der Arbeitervereinskommission sei. Erzberger behauptet, von der Ausstellung des Postes nichts zu wissen.

Der Ausnahmezustand und das Berliner Blutbad.

Rede des Genossen Leib in der Preussischen Landtagsversammlung vom 30. Januar.

Meine Damen und Herren! Die politische Situation in Preußen-Deutschland ist durch die gestrige Rede des Herrn Ministers seine blühendste geworden. Seine Rede war ein Programmrede, aber auch eine Warnung.

Wenn dies Programm reiflich durchgeführt wird, so kommen wir in Preußen-Deutschland zu Zuständen, wie sie in der Geschichte noch nicht erzählt worden sind. Herr Meißner hat versucht, die politische Verantwortung umzumünzen in politische Verbrechen, und hat versucht, auf diese Weise die Gewaltmaßnahmen der Regierung zu rechtfertigen. Die schändlichen Gewaltmaßnahmen sind ihm recht, um zu seinem Ziele zu kommen. Er hat gesagt: Unordnung und Unruhen bedrohen das deutsche Vaterland, und deswegen muß mit aller Energie, mit aller Rücksichtslosigkeit eingeschritten werden. Darunter versteht er, daß Ausnahmezustände gegen eine bestimmte politische Partei — und das ist meine Partei — geschaffen werden müssen. Die Geschichte des Sozialismus sei auch den Herren Rechtssozialisten keine Fremde gewesen. Was einem Kaiser und seinem Gehilfen Vorkommer nicht gelungen ist, wird einem Bauer und einem Eisen recht nicht gelingen. Es wird ihnen nicht gelingen, die für den Sozialismus kämpfende Arbeiterklasse und die Unabhängige Partei zu Boden zu schlagen.

Wenn diese beiden laien alle diese Gewaltakte nur darauf hinaus, daß die Polizei an ihre Urheber zurückfallen, und alle Gewaltmaßnahmen beweisen nur, daß es sich um Verweigerung einer Regierung handelt, die glaubt in ihrer Macht bedroht zu sein und sich in dieser Weise sozusagen wie ein wilder Mann zu verhalten. Ihre ist jedes Mittel recht, um diejenigen niederzuknurren, von denen sie glaubt, daß sie ihr dabei im Wege stehen. Herr Meißner sprach davon: rücksichtslos wird vorgegangen, eventuell wird das Standrecht verhängt. Das erinnert mich an Maßnahmen, die im vorigen Jahre getroffen wurden. Im vorigen Jahre wurde in Berlin das Standrecht verhängt. Und was war zunächst die Ursache? Die Arbeitervereine waren es. Die sich später als Arbeitervereine bezeichneten Arbeitervereine, als Völscher bezeichnet haben. Zur Verhängung des letzten Ausnahmezustandes hat Herr Meißner auf Vorgänge Bezug genommen, die sich vor dem Reichstage abgespielt haben. Er hat auf eine Demonstration Bezug genommen, wie wir sie in Berlin lange nicht in dem großen Maße gehabt haben, und hat gemeint, daß diese Demonstration geplant gewesen sind, um das Parlament zu stören.

Da hat Herr Meißner sehr viel von seiner Phantasie hinzugenommen, wie er sich überhaupt vieles geleistet hat bei seiner Darstellung über die Vorgänge vor dem Reichstage. Herr Meißner hat sich bemüht, eine Reihe von einzelnen Vorgängen zu verallgemeinern, und hat dann gesagt: das ist Schuld der Unabhängigen Partei, sie sind diejenigen, die uns gezwungen haben, auf die Leute zu schließen und den Ausnahmezustand über Ausnahmezustand, wie es so schön heißt, zu verhängen.

Es waren Überdrehungen, es waren Entstellungen, es waren Lügen, die Herr Meißner hier vorgebracht hat. Am 12. Januar hatte ein großer Teil der Berliner Arbeiterklasse die Absicht, vor dem Reichstage zu gehen und dort ihre Meinung gegen das Petrievätergesetz zum Ausdruck zu bringen. Sie waren der Auffassung, daß das Petrievätergesetz der Arbeiterklasse im großen und ganzen keine größere Bewegungsfreiheit bringt, sondern sie in der schlimmsten Weise einschränkt und einengt. Das dort zum Ausdruck zu bringen, war das gute Recht der Arbeiterklasse. Man mag im einzelnen zu dem Gesetz stehen, wie man will, es steht jetzt nicht zur Diskussion; aber daß die Arbeiterklasse berechtigt war, eine Demonstration zu veranstalten, darüber kann keinerlei Zweifel bestehen. Dieses Recht der Demonstration hat sich früher schon die Berliner Arbeiterklasse zu erkämpfen verstanden. Wenn sie jetzt davon Gebrauch macht, kann sie sich mit gutem Recht auf die Verfassung berufen.

Arbeiterliche Massen sind es gewesen, die am 12. Januar aus ihren Betrieben nach dem Tiergarten gegangen sind. Rückwärts sind sie dort hin gezogen, von den Ordnern und Polizeibeamteten ihrer Fabriken begleitet. Auch ist die Art der Demonstration hier von Herrn Meißner und auch von andern Seiten angegriffen worden; es wurde behauptet, es habe an der

nötigen Führung gefehlt. In Wirklichkeit ist es ein vorgeschicktes Kommen und Gehen gewesen. Die Arbeiter sind hingekommen haben sich längere Zeit dort aufgehalten, sind zum Teil wieder abgezogen, andre große Truppen aus entfernter gelegenen Gegenden sind erst später gekommen. Es handelt sich also um einen Protest, der verfassungsmäßig zulässig war. Es ist auch nicht wahr, wenn gesagt wird, die Massen, die vor dem Reichstage waren, seien bewaffnet gewesen. Alle Nachweise, die Herr Meißner vorbringt, sind mangelhaft; alle diese Behauptungen hat auch Herr Meißner nach keiner Richtung hin bewiesen. Deshalb ist die Bekämpfung des Herrn Meißner, daß es sich nicht um friedliche Massen gehandelt habe, eine schwächliche Verächtlichmachung der Demonstration vom 12. Januar. Sie wurde nur zu dem durchsichtigen Zweck aufgestellt, eine ganz bestimmte Politik zu rechtfertigen.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß Aufrufe erlassen seien, die direkt aufzufordern hätten, das Parlament in die Luft zu lassen. Ich habe hier den Aufruf, der damals zur Unterstützung an dieser Demonstration aufgerufen. In diesem Aufruf steht kein Wort von einer Aufforderung, das Parlament, den Reichstag in die Luft fliegen zu lassen; es ist eine Aufforderung, wie sie sonst gar nicht bedacht werden kann.

In der Nationalversammlung haben die Herren Bauer und Meißner eine große Entrüstung aufgebracht, die sich in letzter Linie gegen meine Partei richtet. Sie haben dort eine Darstellung gegeben, die

mit den Tatsachen vollkommen in Widerspruch steht. Was ist dort nicht alles gesagt worden? Herr Meißner hat hier gestern nicht ganz das alles wiederholt, was im Reichstage gesagt worden ist; er hat sehr vorsichtig verschiedenes verlesen zu lassen. Deshalb möchte ich hier meinerseits einige Darstellungen von Augenzeugen geben, die die Sache ganz anders darstellen.

Am 12. Januar handelte es sich um den berühmten Schuß, den ein Matrose abgefeuert haben soll. Das ist tatsächlich der Fall, ein solcher Schuß ist abgefeuert worden. Aber es wird nicht gesagt, daß der Matrose, der vorher förmlich die Urkunde abgeben sollte und von den Anwesenden des Arbeitervereinsverbandes hingenommen wurde, einen erdachten Karabiner genommen, sich die Patronen-tasche umgehängt und einen Schuß abgefeuert hat, der niemand verletzte. Weiter berichtet mir nun ein Augenzeuge: „Die besonnenen Herren nahmen diesem Matrosen den Karabiner ab und zerschlugen ihn. Ein Matrose wurde außerdem verhaftet. Eine größere Anzahl von älteren Genossen wollte die entlassenen Sicherheitspolizisten vor Tätlichkeiten schützen; das gelang ihnen nicht. Die Polizisten wurden erwischt und abgeführt wurden ihnen ab-gerufen.“ Diese Behandlung verurteilt auch meine Partei ent-schieden. Das läßt aber darauf schließen, daß diese Leute nicht An-schuldigen meiner Partei gewesen sein können; sonst wären sie nicht von meinen eigenen Parteigenossen in der deutlichsten Weise zurück-gezogen worden. Was hat eben die Absicht, unsre Partei bei jeder Gelegenheit zu diskreditieren. Nicht wir haben die Absicht, Polizei zu injizieren; dieses Interesse an Polizei haben wir ganz anders. Wenn 14 Uhr felsen die berühmten Schüsse nicht die geringste Warnung ist erzwungen, sondern ohne weiteres wurde in die Masse hineingeschossen. Dieser bedauerliche Fall bedurfte einer Pausa. Obgleich die wehrlose Masse sofort auseinanderlief und die Märsche erlosch, wurde unaufhörlich, stundenlang bis zehn Minuten lang, noch auf die Märsche geschossen.

Diese Tatsache hat Herr Meißner bestritten. Herr Bauer hat in der Nationalversammlung gesagt: Die Sicherheitspolizisten sind in der unerbittlichsten Weise beschimpft worden, sie wurden mit Steinen getrieben, man entriß ihnen ihre Waffen und zerstückelte sie, dann wurden die Leute mit ihren eigenen Waffen angegriffen und getötet. Herr Bauer hat also behauptet, daß mehrere Leute getötet worden seien, und zwar mit ihren eigenen vorher zerstückelten Waffen. Man sieht also, es ist gar nicht so leicht, das Unge-richt mit dem eigenen zerstückelten Waffen sich die Leute getötet worden! Weiter hat Herr Bauer behauptet, daß zwei Sicherheits-polizisten in die Eyre geworfen worden seien. Auch das ist eine Fabel, die aus den Pinnaten geflogen ist. Es ist sogar in derselben Nummer des Vorwärts, in der diese Reden wieder-gegeben worden sind, am 12. Januar von einer andern Stelle berichtet worden: Von der Sicherheitspolizei sind, wie immer feststeht, ein Beamter getötet und 11 verletzt worden. Der Beamte ist der Unterwachsmann Hübner von der ersten Hundertschaft der Gruppe Mitte, der, wie oben berichtet, in der Märsche von dem Gefreiten Meißner ohne jeden Grund erschossen worden ist. Wenn man nun alle Einzelheiten noch durchgehen würde, so bin ich überzeugt, daß eine ganze Reihe anderer Tatsachen, die als solche feststeht worden sind, sich von derselben Qualität erweisen werden wie die, die ich hier gekennzeichnet habe. Aber selbst wenn alles wahr wäre, was Herr Meißner gesagt hat, selbst dann rechtfertigt diese Sicherheits-polizei nicht das Blutbad, das angerichtet worden ist, selbst dann wird noch nicht gerechtfertigt, daß sogar auf Märsche hätte geschossen werden müssen. Alle Versuche, die gemacht werden, meine Partei für das Blutbad am 12. Januar verantwortlich zu machen, scheitern an dem nächsten Tatbestand.

Aber die Regierung hat das größte Interesse daran, daß sie in die Lage gebracht werde, mit diesen Vorgängen eine Pro-grammierung gegen meine Partei herbeizuführen.

Mein Freund Hoffmann hat bereits in der ersten Sitzung nach unvorbereiteter Darstellung hingewiesen, daß es der Regierung bei den Vorgängen vor dem Reichstage darum zu tun gewesen ist, einen Vorwand für den Ausnahmezustand zu bekommen. Sie hat schon immer die Schwärze gehabt, den Ausnahmezustand von neuem zu verhängen. Deshalb hat es sich der Herr Minister erspart, auf das einzugehen, was Hoffmann hier in der ersten Sitzung nach der Vertagung vorgebracht hat, nämlich auf den Hinweis auf eine bestimmte der Reizmittel sehr nahe-liegende Korrespondenz, aus der hervorgeht,

daß schon vor dem 12. Januar alles vorbereitet war, um den Ausnahmezustand zu verhängen.

Die Regierung hat das zwar öffentlich in Abrede gestellt, aber Herr Meißner hat gestern nicht darauf geantwortet. Wir haben die Beweise dafür, daß schon vor dem 12. Januar in andern Teilen des Reiches der Ausnahmezustand verhängt worden ist.

Also die Tatsache steht fest, daß bereits vorher auf andern Stellen der Ausnahmezustand verhängt worden ist, und daß in Berlin ein willkommener Anlaß gefunden wurde, nunmehr auch hier den Ausnahmezustand zu verhängen. Man hat dann die Sicherheitspolizei zum Anlaß genommen, und ich glaube, das war der schlechteste Anlaß. Mein Herr Minister Meißner, Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen. Sie können mit noch so gut gespielter Entrüstung versuchen, die Unabhängige Partei als Schuldig an Blutbad vor dem Reichstage verantwortlich zu machen. Das werden Sie nicht loben!

Schuld an diesem Blutbad ist die Regierung!

Herr Meißner scheint aber selbst die Schwäche seiner Argumente nicht gefühlt zu haben; denn er ging in seiner gestrigen Rede noch zu einer Erwähnung dessen über, was hier schon öffentlich niedergelegt worden ist. Er sagte: wir müssen darauf bedacht sein, uns zu über-legen: was ist der Zweck des Petrievätergesetzes? Der Zweck des Gesetzes ist, daß man einem Gegner die Waffe aus der Hand schlagen muß, weil die Waffen verärgert sind und man das Volk nicht verärgern lassen darf; deshalb muß man die Waffe zerbrechen. Wenn Herr Meißner seinem Gynäkolos treu bleiben und ihn nicht nur gegen meine Partei anwenden will, dann wird sehr bald in Deutschland die Waffe allenem mündlos gemacht sein.

Es ist festzustellen, daß sich die Zeitungsdirektoren ganz allgemein überall hin erstrecken, daß

etwa 25 Zeitungen meiner Partei und auch Zeitungen der kommunistischen Partei reiflich verboten sind.

Sie sind nicht nur verboten, sondern man hat das Verbot ohne irgendwelche Begründung ausgesprochen oder aber, was man es tat, war es auch danach; man hat nicht einmal gesagt, auf wie lange sich das Verbot erstrecken soll.

Das geht noch über die Behandlung der Sozialdemokratischen und

oppositionellen Presse während des Krieges hinaus. Das Unerschrockene ist, daß nicht einmal eine Mitteilung erfolgt, auf wie lange ein solches Verbot erfolgt. Die Verleger der Zeitungen in Groß-Berlin haben, ohne etwa Sympathie für die Presse meiner Partei zu zeigen, mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen eine solche Vernichtung der Presse erhoben. Bei der großen mili-tärischen Zerschlagung, der die Presse angeht, ist, werden viele schaffende Arbeiter und Angestellte vollkommen brotlos gemacht werden. Bei der Freiheit sind es 1400 Menschen, die auf die Strafe angewiesen werden. Und wie verfahren Sie? Ich will zunächst das Verbot der Freiheit nehmen; wie ist es erfolgt? Unter Blatt, die Freiheit, war vollkommen fertig, stand in der Maschine, da erschienen in der Nacht gegen 12 Uhr ein paar Leute und zeigten ein Verbot vor, angeblich von Noelle, daß die Zeitung verboten wäre, und besetzten sämtliche Räume. Der Verleger der Freiheit hat auch bis heute nicht einmal wirklich ein Verbot in der Hand.

Die Perisische Arbeiterklasse, die im besetzten Gebiet erscheint, hat man nicht verboten, denn, da hat man wenigstens den Lesern im unbesetzten Gebiet verboten, sie zu lesen. Diese Verbote sind ganz niedrige Kontravenanzverbrechen der Regierungsjournalisten gegen meine Partei. Es ist ein Verbrechen am ganzen Volk, daß die Kohlenruben nicht längst in Besitz der Arbeiterklasse geföhrt worden sind. Auch gegen die Arbeiter kann die Regierung nichts tun. Nur gegen die Arbeiter sind Maschinengewehre angesetzt worden. Trotz aller Maßnahmen wird aber mit elementarer Gewalt der Sozialismus kommen, denn Ihr könnt wohl das Wort, aber nicht den Geist töten!

Verbandsstag der Landarbeiter.

Berlin, 17. Februar.

Am Montagvormittag trat hier der zweite Verbandstag des Deutschen Landarbeiterverbandes zusammen. Es sind 100 Delegierte anwesend, die insgesamt über 850 000 Mit-glieder vertreten, darunter über 150 000 weibliche. Der Landarbeiterverband hat eine beispiellose Entwicklung durchgemacht, denn vor Ausbruch des Krieges hatte er erst 25 000 Mitglieder, welche Zahl bis zum Ende des Krieges auf 8000 sank. Von einer gewaltigen Steigerung der Löhne der Landarbeiter, wie immer von neuem behauptet wird, kann aber nach den Ausführungen, die der Verbandsvorsitzende Georg Schmidt in seinem Geschäfts-bericht machte, keine Rede sein. Dem Einfluß des Landarbeiterverbandes sei es zu verdanken, daß Deutschland vor noch größeren Erschütterungen bewahrt worden sei. Die Regierung müsse aber besonders dem Treiben der pommerischen Junker härter entgegen-treten. Dem preussischen Ministerium des Innern machte der Redner den Vorwurf, daß es gegen die pommerischen Junker nicht so vorzugehen, wie es notwendig wäre. Wenn schon der Belagerungs-zustand verhängt worden sei, dann müsse er auch gegen die Junker in Anwendung gebracht werden, die die Ballistiktruppen zusammen-ziehen. Der Redner, der Rechtssozialist ist, wies dann die Arbeits-gemeinschaften, meinte aber, in der Landwirtschaft werde es nicht zu der Bildung von solchen kommen. Der Sozialismus der Land-wirtschaft ständen noch viele Widerstände entgegen. Die Land-arbeiter müßten auch erst geschult werden, um den Ansprüchen einer Sozialisierung gerecht zu werden.

Nach dem Bericht des Redners des „Landarbeiter“, der sich gegen den Vorwurf verteidigte, in seinem Blatt nicht den Klassen-kampf zu vertreten, setzte eine lebhafteste Debatte ein. Einige Redner kritisierten scharf das Auftreten der Kommunisten auf dem Lande, deren Zersplitterungsversuche scharf bekämpft werden müßten. Andere Redner traten für eine stärkere Betonung des Klassenkampfes ein und wiesen auf die Missnahmestellung hin, die die Landarbeiter immer noch einnehmen. Es müsse unbedingt Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern verlangt werden. Andere Wünsche zielten auf die Schaffung eines Rates und auf eine Vertretung der Landarbeiter in den Parlamenten hin. Das Mitspracherecht im Produktionsprozeß müßten die Land-arbeiter unbedingt erhalten.

Der Redakteur des „Landarbeiter“, Faßh, protestierte: Im Namen des Verbandsvorsitzenden gegen die beispiellose Mißtraue und den Terror einiger Landbändler. Auf der einen Seite wird nach der Arbeiterschaft geschrien, weil die Produktion zurückgeht, auf der anderen Seite werden Land- und Forstarbeiter in Massen entlassen. Dieses Vorgehen soll die Funktionäre und Mitglieder des Land-arbeiterverbandes treffen. Die Landwirte erleben die Freiheide der landwirtschaftlichen Produktion. Nach allem, was man sehe, hätten es die Landwirte daraus angefangen, in Deutschland das Chaos herbeizuführen, das Land vollends ins Elend zu jagen. Als letzte Warnung an die Regierung legte der Redner eine Entschlie-ßung vor, die gegen die in letzter Zeit, vor allem in Pommern gegenüber Tausenden von Landarbeitern ausgesprochene Rän-derung, die als Maßregelungen betrachtet werden, protestiert. Die Landarbeiter hätten gesagt, daß sie für die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung Verständnis besitzen. Sie richten aber an die landwirtschaftlichen Unternehmer eine letzte Warnung, nicht die einschneidenden Menschenrechte der Landarbeiter zu misshandeln. Sie sind nicht gewillt, die Ernährung des deutschen Volkes zu gefährden, lehnen aber jede Verantwortung dafür ab, wenn durch die von einem Teil der Landwirte betriebene Konsumpolitik das deutsche Volk noch mehr als bisher in seiner Ernährung gefährdet werden sollte.

Nach kurzer Aussprache wurde diese Entschlieung einstimmig angenommen.

2. Verhandlungstag.

Die Vormittags-sitzung des zweiten Verhandlungstages wurde angeführt durch zwei Referate über Tarife und Arbeits-zeit in der Land- und Forstwirtschaft. Die Redner führten aus: Tarifierträge sind notwendig im Interesse der Landwirtschaft. Die Landarbeitervormung sei ein Privilegium mit Mängeln. In der Landwirtschaft müßte sichergestellt werden. Ferner müsse die Arbeits-zeit in der Landwirtschaft geregelt werden nach den jeweiligen wirt-schaftlichen Bedürfnissen. Konsum müsse unbedingt an der produktivsten Arbeitszeit in der Landwirtschaft festgehalten werden. Die soziale Sozialisierung wurde von den Referenten für die Landwirtschaft empfohlen, da der Privatbesitz die Wälder verfallen und abschlagen läßt, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gemeinden zu nehmen.

In die beiden Referate über Tarifverträge und Arbeitszeit schloß sich eine äußerst lebhafteste Diskussion. Von fast sämtlichen Rednern wurde betont, daß der Land- und Forstbündnis als Arbeitervereine bei Tarifverträgen nicht in Frage kommen können; er habe Unternehmer als Mitglieder und sei eine solche Organi-sation, die bekämpft werden müsse. Auch gegen die Schmelz-verbände wandte man sich.

Verstehene Redner führten aus, daß einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht zugestimmt werden dürfe. Die Landarbeiter wür-den sich gern bereit erklären, gegen besondere Bezahlung Leber zu leisten, um die Ernte unter Dach zu bringen. Diese Angebote hätten aber die Unternehmer abgelehnt unter dem Hinweis, daß es ihnen egal sei, wenn die Ernte verfaule. Inten-tion: Arbeits-zeit ist nur möglich bei ver-längerter Arbeitszeit. Die Steigerung der Produktion ist nicht abhängig von der Länge der Arbeitszeit sondern von der Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter. Grundliche und wirkliche Arbeiter müßten mehr Lohn und die Wälder besser gepflegt werden, damit mehr stabile Arbeiter nach dem Lande ver-pflanzt werden könnten. Auch Kuba sei den Land- und Forst-arbeitern alljährlich zu gewöhnen.

Andere Redner berichteten, daß die Unternehmer trotz vorhan-dener notwendiger Arbeit massenhafte Entlassungen vor-genommen haben, so daß die Märsche, das Korn und die Kartoffeln an den Feldern verfaulen müßten. Von einem Forstarbeiter wurde festgestellt, daß nicht die hohen Löhne, sondern der Wucher schuld an den hohen Holzpreisen sei. Es wurde protestiert gegen ein-tmaliges Antisprengeln und gegen die Geheimratswirtschaft in der Landwirtschaft.

